



UfU  
Unabhängiges Institut  
für Umweltfragen

# **Der Streit um die Uckermarkleitung – Eine Diskursanalyse**

Studie im Rahmen des UfU-Schwerpunktes „Erneuerbare Energien im Konflikt“

von

**Dr. René Zimmer, Sarah Kloke und Max Gaedtke**

**UfU-Paper  
3/2012**

**UfU-Paper 3/12**

**Der Streit um die Uckermarkleitung – Eine Diskursanalyse**

Dr. René Zimmer, Sarah Kloke, Max Gaedtke

Berlin 2012

**Herausgeber:**

Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V.

**Kontakt:**

Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V.

Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

Telefon 030.4284993-0

Fax 030.42800485

[mail@ufu.de](mailto:mail@ufu.de)

[www.ufu.de](http://www.ufu.de)

## Inhalt

Abkürzungsverzeichnis .....	4
1 Einleitung.....	5
1.1 Begründung und Relevanz des Themas.....	5
1.2 Stand der empirischen Akzeptanzforschung zu Protesten gegen den Netzausbau von 380-kV-Leitungen .....	6
2 Zielstellung der Studie .....	9
3 Methodisches Vorgehen .....	10
4 Gesellschaftliche Diskurse zum Netzausbau .....	14
4.1 Ausbau der Netzinfrastruktur als gesamtgesellschaftliche Herausforderung.....	14
4.2 Berücksichtigung von Bürgerinteressen und den Umgang mit lokalen Protesten.....	16
5 Planungs- und Kommunikationsprozesse um die Uckermarkleitung .....	18
5.1 Räumliche und zeitliche Einordnung des Fallbeispiels.....	18
5.2 Ablauf des Genehmigungsverfahrens und formale Bürgerbeteiligung .....	18
5.3 Konfliktgenese.....	22
6 Wahrnehmung des Konflikts um die Uckermarkleitung.....	25
6.1 In der medialen Sphäre .....	25
6.1.1 Ablehnung auf breiter Front .....	26
6.1.2 Die Kritikpunkte.....	28
6.1.3 Argumentation des Vorhabenträgers .....	29
6.1.4 Erdverkabelung als neuer Konfliktpunkt .....	29
6.1.5 Generelle Konfliktlinien und Deutungsmuster .....	30
6.2 Blick von der Peripherie.....	31
6.2.1 Relevanz der Uckermarkleitung .....	32
6.2.2 Einschätzung der Akzeptanz der Uckermarkleitung .....	32
6.2.3 Relevanz der Proteste der Bürgerinitiative „Biosphäre unter Strom“ .....	33
6.2.4 Motive für den Protest .....	34
6.2.5 Wahrnehmung der Akteure im Konflikt .....	36
6.2.6 Erdverkabelung als die schlechtere Alternative .....	37
6.2.7 Kompensation und Kommunikation .....	38
6.2.8 Deutungsmuster in den Diskussionen zur Uckermarkleitung .....	39
6.3 Der Kern des Konflikts .....	39
6.3.1 Der Vorhabenträger .....	39
6.3.2 Die unmittelbaren Kritiker .....	41
6.3.3 Die Protestunterstützer .....	42
6.3.4 Die Planungsverantwortlichen.....	43
7 Fazit.....	45
7.1 Räumliche Dimension des Konflikts .....	45
7.2 Inhaltliche Dimension des Konflikts .....	46
7.3 Prozessdimension des Konflikts .....	47
7.4 Akteure im Konflikt.....	49
7.5 Metaphorische Dimension des Konflikts.....	49
7.6 Schlussfolgerungen.....	49
8 Literaturverzeichnis .....	51

## Abkürzungsverzeichnis

dena	Deutsche Energie-Agentur
DUH	Deutsche Umwelthilfe
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EnLAG	Energieleitungsausbaugesetz
FH	Fachhochschule
GW	Gigawatt
kV	Kilovolt
LBGR	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe
LUGV	Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz
NIMBY	„Not in my backyard“
PIV	Planfeststellungsverfahren
RoV	Raumordnungsverfahren
SRU	Sachverständigenrat für Umweltfragen
TEN-E Leitlinie	Leitlinien für die transeuropäischen Energienetze
UfU	Unabhängiges Institut für Umweltfragen
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
Zubila	Zukunft Biosphäre und Lebensraum Angermünde e.V.

## 1 Einleitung

### 1.1 Begründung und Relevanz des Themas

Nicht erst seit den Protesten um Stuttgart 21 findet ein Diskurs zu Bürgerbeteiligung und Partizipation statt. Ob es um Windkraftanlagen, Netzausbau oder andere Bauvorhaben geht, immer wieder stehen diese Ereignisse im Zentrum der Medienberichterstattung. So spricht der Polizeipräsident von Stuttgart nicht mehr nur von den „Wutbürgern“, die das Projekt Stuttgart 21 verhindern wollen, er verstärkt die diffus pejorative Konnotation dieses Begriffs durch die zusätzliche Wortwahl des „Hassbürgers“. Doch auch von Seiten der Protestierenden wird häufig mit fragwürdigen sprachlichen Mitteln argumentiert. So wird jeweils der anderen Seite jegliches ehrlich gemeintes Engagement abgesprochen und im Spiegel ist zu lesen:

*„Deutschland wird erstarren, wenn sich allerorten die Wutbürger durchsetzen“<sup>1</sup>*

Die Folge dieser Begrifflichkeiten ist eine starke Polarisierung und Mediatisierung der Ereignisse. Gerade die mediale Präsenz und die Wortwahl der involvierten Akteure können die „Wirklichkeit“ verfälschen und den Verlauf der Proteste verändern.

*Energiewende gelingt nur gemeinsam mit den Bürgern*

Mit dem Blick auf die Probleme rund um den Netzausbau finden sich häufig die gleichen Muster. Der Fokus auf die Konflikte kann den Blick auf die reale Bedeutung des jeweiligen Netzausbaus in der Region verstellen. Und dennoch, die Bedeutung des Protestes darf nicht unterschätzt werden: So sind die Hälfte aller 24 geplanten Freileitungen auf der Höchstspannungsebene 380 Kilovolt (kV) im Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) im Verzug, vor allem aufgrund des Protestes der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Dies ist deswegen zunehmend problematisch, da diese Stromleitungen dringend benötigt werden, um den Strom aus erneuerbaren Energien vom Nord-Osten Deutschlands in die Verbrauchszentren im Süden und Westen zu transportieren. Die Netzbetreiber müssen aufgrund mangelnder Übertragungskapazitäten immer häufiger in den Systembetrieb eingreifen, was bedeutet, dass Kraftwerke heruntergefahren werden müssen und auch Anlagen, die Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen, abgeschaltet werden, da der produzierte Strom nicht mehr aufgenommen werden kann, ohne die Netzstabilität zu gefährden. Vor diesem Hintergrund ist in Deutschland eine rege Debatte über die Rolle protestierender BürgerInnen bei der Verzögerung des Netzausbaus entstanden. Der Niedersächsische Ministerpräsident brachte es auf den Punkt:

*„Höchstspannungsnetze könnten zur Achillesferse unserer Industriegesellschaft werden“<sup>2</sup>*

Die vermehrte Aufmerksamkeit für die häufig schon vor mehreren Jahren entstandenen Bürgerinitiativen, die sich gegen den Bau von Freileitungen einsetzen, ist in einem gesamtgesellschaftlichen Diskurs über angemessene

---

<sup>1</sup> Essay „Der Wutbürger“ von Kurbjuweit, Dirk in Der Spiegel 41/2010, S. 26/27

<sup>2</sup> Regierungserklärung des Niedersächsischen Ministerpräsidenten David McAllister vom 29.06.2011: Der Energiekonsens und die Bedeutung für Niedersachsen.

[http://www.stk.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation\\_id=1130&article\\_id=97352&psm\\_and=6](http://www.stk.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=1130&article_id=97352&psm_and=6) (abgerufen: 21.06.2012)

Formen der Berücksichtigung von Bürgerinteressen bei großen Planungsvorhaben, besonders im Lichte der starken Proteste rund um den Bau des Bahnhofs „Stuttgart 21“, zu betrachten. Parallel zu der Debatte über die Rolle der protestierenden BürgerInnen, wird besonders seit der Veröffentlichung der umstrittenen Netzstudien I und II der Deutschen Energie-Agentur (dena) das benötigte Ausmaß und die geeignete Form der Anpassung der Netzinfrastruktur an eine erneuerbare Energieversorgung diskutiert.

## 1.2 Stand der empirischen Akzeptanzforschung zu Protesten gegen den Netzausbau von 380-kV-Leitungen

Die Akzeptanzforschung, insbesondere im Rahmen des deutschlandweiten Netzausbaus im Rahmen der „Energiewende“ ist – geschuldet der Aktualität des Themas – von noch geringem Umfang. Zu den bisher durchgeführten empirischen Untersuchungen gehören die von der Deutsche Umwelthilfe (DUH) in Auftrag gegebene umweltpsychologische Studie von Prof. Schweizer-Ries, Befragungen des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, die Masterarbeit von Antina Sander an der Universität Lund und eine Studie des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen. Nach Durchsicht dieser Publikationen wurde deutlich, dass sich die Hauptbeweggründe und Ziele der vielen Bürgerinitiativen, die sich bundesweit entlang neuer Stromtrassen gebildet haben, sehr ähneln. Trotz der grundsätzlichen Befürwortung des Umstieg auf erneuerbare Energien und der Anerkennung der Notwendigkeit des Netzausbaus wird der Bau von zusätzlichen Freileitungen sehr negativ bewertet.

*Bau zusätzlicher Freileitungen wird negativ bewertet*

Zu den Kritikpunkten an den geplanten Vorhaben gehören in der Regel die Störung des Landschaftsbildes sowie der Natur- und Vogelschutz, ein empfundener Eingriff in die gewohnte Umgebung, sprich die direkte Betroffenheit, Risiken für die AnwohnerInnen aufgrund von elektromagnetischer Strahlung, die Abwertung von Immobilien sowie ökonomische Nachteile für die Region, bspw. aufgrund von Beeinträchtigungen des Tourismus. Um diese (wahrgenommenen) Eingriffe zu minimieren, wird in den meisten Fällen eine Erdverkabelung gefordert. Aufgrund einer Literaturrecherche entstand die Erwartung in der Uckermark auf ähnliche Beweggründe zu stoßen. Viele der oben genannten Sorgen lassen sich als typische „Not in my backyard“ (übersetzt „Nicht in meinem Garten/Hinterhof“, kurz NIMBY) Einwände kategorisieren. Zugrunde liegt die Annahme, dass die materiellen sowie auch sehr unterschiedlich empfundenen immateriellen, individuellen und kollektiven Kosten für die betroffenen Anwohner und Gemeinden, die grundsätzlich mit Eingriffen durch den Bau einer Freileitung verbunden sind, nicht durch einen direkten Nutzen für die Region oder betroffene Menschen ausgeglichen werden. Aufgrund dessen entstehe eine ablehnende Haltung. In der öffentlichen Debatte wird der Protest häufig mit der pejorativen Konnotation der eigennützigen NIMBY-Motive reduziert. So die Einleitung eines ausführlichen Beitrags im Deutschlandradio über die Proteste in Niedersachsen: *„Auf die Deutschlandkarte kann man derzeit wohl blind mit dem Finger tippen - und landet an einem Ort, in dem es gerade hoch hergeht. Weil irgendetwas geplant ist, was den Ortsansässigen (oder Teilen von ihnen)*

*nicht in den Kram passt. Besonders gerne sind das gerade Stromtrassen und Windparks - gerne aber auch Bahnhöfe, Flughäfen, Autobahnstücke [...]*<sup>3</sup>

Nach Durchsicht der bisher erschienenen Publikationen lässt sich eine solche Darstellung der Proteste nicht bestätigen. Zum einen erfolge, so Marg, seitens der Bürgerinitiativen zumeist eine sehr differenzierte Auseinandersetzung mit den komplexen Sachverhalten. Zum anderen scheinen andere Faktoren ebenfalls die lokalen Konflikte zu beeinflussen. Parallel zu den genannten Beweggründen ist ein tiefes Misstrauen gegenüber den Netzbetreibern und den zuständigen Behörden sowie eine generelle Unzufriedenheit mit dem Genehmigungsverfahren und der mangelnden Einbindung der betroffenen Menschen vor Ort zu beobachten<sup>4</sup>.

Die BürgerInnen haben zudem durch räumliche Gegebenheiten einen unterschiedlich hohen Grad an Betroffenheit. Dem „klassischen“ NIMBY-Ansatz folgend, bedeutet das, dass Betroffenheit durch räumliche Nähe zum Konfliktgegenstand sich verstärkt und damit auch der Protest gegen das jeweilige Vorhaben<sup>5</sup>.

Die Beeinträchtigung des gewohnten Lebensumfeldes durch die Errichtung neuer Windkrafttrader, Solarparks oder Hochspannungsmasten ist von großer Bedeutung bei der Entstehung von Protesten gegen Erneuerbare-Energien-Projekte. In einer Studie des Unabhängigen Instituts wurden 40 Websites von Bürgerinitiativen analysiert, die sich gegen Projekte zur Erzeugung, Transport und Speicherung Erneuerbarer Energien wenden, darunter neun Bürgerinitiativen, die sich gegen den Bau neuer Höchstspannungstrassen wenden<sup>6</sup>. Als wichtigste Protestgründe gegen den Netzausbau konnten die Beeinträchtigung für Flora und Fauna, der Werteverlust von Immobilien und Grundstücken, die Beeinträchtigung der Wohnqualität und der Verlust der regionalen Umwelt durch eine Verschandelung des Landschaftsbildes herausgearbeitet werden

*Freileitungen beeinträchtigen  
das gewohnte Lebensumfeld*

Die Rolle des Prozesses als eigenständige Konfliktdimension wurde in der bisher erschienen wissenschaftlichen Literatur wiederholt thematisiert. In der empirischen Untersuchung von Schweizer-Ries stimmten nur 10% der befragten Personen der Aussage zu, dass der bisherige Planungsprozess als fair zu bezeichnen wäre<sup>7</sup>. In der Arbeit von Sander werden derartige Aussagen von engagierten BürgerInnen als Grundlage genommen, um ein komplett neues Verfahren der Bürgerbeteiligung zu entwerfen<sup>8</sup>. Auch der Sachverständigenrat

---

<sup>3</sup> Beitrag von Susanne Schrammer „Hochspannung in Niedersachsen - Wie re(a)giert die Politik in an Bürgerprotest reichen Zeiten? In Deutschlandradio vom 22.07.2011, <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/laenderreport/1508026/> (abgerufen am 21.06.2012)

<sup>4</sup> Marg, Stine (08.09.2011) Alles nur Nimbys? In: Blog des Göttinger Institut für Demokratieforschung. Online verfügbar: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/alles-nur-nimbys> (zuletzt abgerufen am 04.01.2012).

<sup>5</sup> Vgl. u.a. Vittes et al. (1993); Wolsink (1994); Hunter & Leyden (2005); Burningham et al. (2006).

<sup>6</sup> Zimmer, R.; Wesselhöfft, W. (2011): Erneuerbare Energien im Konflikt. Warum neue Energieversorgungsstrukturen vor Ort nicht nur auf Zustimmung stoßen. In: UfU themen und informationen Heft 70, 2/2011 „Erneuerbare Energien im Konflikt“, S. 4-11.

<sup>7</sup> Schweizer-Ries, Petra (2010) Abschlussbericht „Umweltpsychologische Untersuchung der Akzeptanz von Maßnahmen zur Netzintegration Erneuerbarer Energien in der Region Wahle – Meckar (Niedersachsen und Hessen)“. Online verfügbar unter: [www.forum-netzintegration.de/](http://www.forum-netzintegration.de/) (zuletzt abgerufen am 04.01.2012)

<sup>8</sup> Sander, Antina (2011) From ‘Decide, Announce, Defend’ to ‘Announce, Discuss, Decide’? Suggestions on how to Improve Acceptance and Legitimacy for Germany’s 380kV Grid Extension.

für Umweltfragen (SRU) kritisiert die Beschneidung der Klage- und Beteiligungsrechte durch verschiedene gesetzgeberische Beschleunigungsmaßnahmen, wie das Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und Teile des EnLAG<sup>9</sup>.

---

The International Institute for Industrial Environmental Economics (IIIEE). Lund University. Online verfügbar unter: <http://www.lunduniversity.lu.se/o.o.i.s?id=24923&postid=2172946> (zuletzt abgerufen am 04.01.2012).

<sup>9</sup> SRU (2011) Wege zur 100% regenerativen Stromversorgung. Sondergutachten. Berlin.

## 2 Zielstellung der Studie

Dieser Studie liegt die Annahme zu Grunde, dass der Um- und Ausbau der deutschen Netzinfrastruktur, der zur Anpassung an die neuen Erfordernisse einer erneuerbaren Stromversorgung unumgänglich ist, nicht ohne die Akzeptanz der BürgerInnen im angestrebten Zeitraum gelingen kann. Deswegen ist es von großer Bedeutung, heute mit den Menschen, die sich auf lokaler Ebene gegen den Bau neuer Freileitungen engagieren, in einen Dialog zu treten. Um Konflikten vorzubeugen, ist es wichtig zu verstehen, welche Beweggründe diese Menschen antreiben und welche Wege zukünftig bei der Planung neuer Vorhaben eingeschlagen werden sollten.

*Protestgründe auf lokaler Ebene*

Im Rahmen dieser Studie soll deshalb am Fallbeispiel der Proteste gegen den Bau der 380-kV-Leitung Bertikow-Neuenhagen, der sogenannten Uckermarkleitung, exemplarisch untersucht werden, welche Bedeutung der Konflikt in der Region hat, welches die Hauptkonfliktlinien im Streit sind, welche Akteurskonstellationen sich gegenüber stehen, wie der Konflikt metaphorisch aufgeladen wird und welche Schlussfolgerungen sich daraus für die kommunikative Begleitung künftiger Ausbauprojekte im Rahmen der Energiewende ziehen lassen.

*Wege zur gemeinsamen Gestaltung der Energiewende*

Im Fokus der Studie stehen unter anderem die folgenden Forschungsfragen:

- Wie werden die Planungsprozesse um die Uckermarkleitung und die damit verbundenen Proteste medial aufbereitet? Welche Akteure kommen mit welchen Argumenten zu Wort? Welche generellen Konfliktlinien und Deutungsmuster zeichnen sich ab?
- Welche Bedeutung haben die Proteste gegen die Uckermarkleitung entlang der geplanten Trasse? Welche räumliche Dimension besitzt der Konflikt?
- Welches sind die Kritikpunkte an der Uckermarkleitung? Worin unterscheidet sich die Wahrnehmung der Konfliktparteien? Welche Lösungswege zeichnen sich für künftige Netzausbauprojekte ab?

### 3 Methodisches Vorgehen

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurde ein methodisches Design gewählt, das Dokumenten- und Inhaltsanalysen ebenso einschließt wie qualitative Interviews mit relevanten Stakeholdern.

*Analyse der Berichterstattung der Märkischen Oderzeitung*

Für eine erste räumliche, zeitliche und gesellschaftliche Verortung des Konflikts wurden eine Literatur- und Internetrecherche durchgeführt, die Stellungnahmen der relevanten Akteure und die Beiträge zur Uckermarkleitung auf dem „Barnim Blog Eberswalde und Bernau“ gelesen. In einem zweiten Schritt wurde die Berichterstattung der regionalen und überregionalen Presse zur Uckermarkleitung quantitativ erfasst und eine Inhaltsanalyse aller zwischen 2008 und 2012 zum Thema erschienenen Artikel der Märkischen Oderzeitung durchgeführt. Mittels der Inhaltsanalyse sollten die Planungsprozesse zur Uckermarkleitung sowie die daraus entstandenen Proteste, die relevanten Akteure, Argumentationen, Konfliktlinien und Deutungsmuster genauer hinterfragt werden.

*Interviews mit Amts- und Gemeindevertretern*

In einem nächsten Schritt wurde eine Befragung von BürgermeisterInnen, Amtsdirektoren und Baudezernenten mit Hilfe von leitfadengestützten qualitativ-empirischen Interviews durchgeführt. Diese Personen können in gewisser Weise als Sprachrohr für ihre Region angesehen werden. Ziel war es herauszufinden, wie und in welchem Ausmaß sich der Konflikt um die Uckermarkleitung in den Gemeinden entlang der geplanten Trasse manifestiert hat. Befragt wurden folgende elf Vertreter aus Gemeinden und Ämtern:

- Ortsvorsteher Brandenburgisches Viertel in Eberswalde (Interview am 13.12.2011)
- Vertreter der Gemeinde Werneuchen (Interview am 01.03.2012)
- Vertreter vom Amt Gramzow (Interview am 01.03.2012)
- Vertreter vom Amt Britz-Chorin-Oderberg (Interview am 5.3.2012)
- Vertreter der Gemeinde Melchow (Interview am 06.03.2012)
- Vertreter vom Amt Angermünde (Interview am 06.03.2012)
- Vertreter vom Amt Joachimsthal (Interview am 06.03.2012)
- Vertreter der Gemeinde Sydower Fließ (Interview am 19.03.2012)
- Vertreterin der Gemeinde Rüdnitz (Interview am 20.03.2012)
- Vertreter vom Amt Schwedt (Interview am 22.03.2012)
- Vertreter der Stadt Bernau (Interview am 22.03.2012)

Ein bereits terminiertes Interview mit dem Vertreter des Amtes Oder-Welse wurde kurzfristig von Seiten des Amtes abgesagt, weil kein Gesprächsbedarf gesehen wurde. Eine Übersicht zur Herkunft der interviewten Gemeinde- und Amtsvertreter gibt die folgende Abbildung:



Abb. 1: Herkunft der interviewten Gemeinde- und Amtsvertreter (Karte: <http://www.openstreetmap.org/?relation=1141617>)

Schließlich wurden leitfadengestützte Interviews mit den Kernakteuren des Konflikts geführt. Diese problemorientierte Befragung sollte Deutungsmuster sowie informelle Interaktionen der Akteure in Erfahrung bringen. So wurden seitens der Akteure des Protestes qualitative Interviews mit einer der aktivsten Personen der Bürgerinitiative „Biosphäre unter Strom“, einer Vertreterin des Vereins "Zukunft Biosphäre und Lebensraum Angermünde e. V." (Zubila),<sup>10</sup> einer Person, die der Bürgerinitiative nahe steht, geführt. Hinzu kam jeweils ein Interview mit einem Vertreter der 50 Hertz Transmission GmbH und einem Vertreter des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe:

- Vertreter des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (Interview am 06.12.2011)

*Interviews mit den  
Konfliktparteien*

<sup>10</sup> Es stellte sich heraus, dass diese Person gleichzeitig in der BI „Biosphäre unter Strom“ aktiv ist.

- Vertreter der Bürgerinitiative „Biosphäre unter Strom“ (Interview am 08.12.2011)
- Vertreter der Gruppe „Spilwut“ (Interview am 12.12.2011)
- Vertreterin des Vereins „Zukunft in der Biosphäre und Lebensraum Angermünde“ e.V. („Zubila“) (Interview am 13.12.2011)
- Vertreter von 50 Hertz Transmission GmbH (Interview am 15.12.2011)

Die Entscheidung, qualitative Interviews mit einer geringen Anzahl von Personen durchzuführen, ist nicht nur durch praktische Erwägungen wie begrenzte Zeit und Ressourcen begründet. Aufgrund der Problematik der sozialen Erwünschtheit<sup>11</sup> erschien eine qualitative Vorgehensweise angebrachter, als der Einsatz standardisierter Fragebögen.

Zudem war es das Ziel, durch die qualitativen Interviews eine Vertrauensbasis aufzubauen und durch Rückfragen einen tieferen Einblick in die Beweggründe der Menschen, die sich für oder gegen den Bau der Freileitung engagieren, zu erhalten. Um die eigene subjektive Interpretation der Aussagen zu begrenzen, wurde mit Visualisierungen gearbeitet. So wurden von den befragten Personen die genannten Beweggründe, sowohl der Menschen in der Region insgesamt als auch die persönlichen Beweggründe auf Karten geschrieben und von den InterviewpartnerInnen auf einer Achse zwischen den Polen „von großer“ und „von geringer Bedeutung“ angeordnet.<sup>12</sup> Im Laufe des Gespräches konnten die Karten aufgrund der darauf folgenden Reflexion der Beweggründe verschoben werden. Zudem wurde abgefragt, inwiefern sich die Bedeutung der gesammelten Beweggründe verändern würde, wenn statt einer Freileitung die Alternative „Erdverkabelung“ gewählt werden würde. Eine weitere Methode zur Visualisierung stellte die Durchführung einer Kraftfeldanalyse<sup>13</sup> dar. Diese Analyse erfolgte mit den Personen, die direkt in den Konflikt involviert sind. Die Ergebnisse wurden alle bildlich festgehalten, um die Auswertung im Nachhinein zu erleichtern und den Einfluss einer subjektiven Interpretation zu minimieren.

Es soll darauf hingewiesen werden, dass diese Arbeit nicht den Anspruch erhebt, den Konflikt um die geplante Uckermarkleitung repräsentativ für die drei betroffenen Landkreise abzubilden. Die qualitative Herangehensweise von Inhaltsanalyse und Interviews ermöglicht jedoch ein tieferes Verständnis der Konfliktdimensionen. Eine Begrenzung des Untersuchungsobjekts scheint zudem angemessen, da Proteste in der Regel auf wenige, sehr engagierte

---

<sup>11</sup> Es wurde herausgefunden, dass sog. NIMBY-Beweggründe von Protestierenden häufig hinter sozialen und umweltpolitischen Kritikpunkten versteckt werden, um mehr Gehört zu finden. Siehe: Burningham, Kate et al. (2006) The limitations of the NIMBY concept for understanding public engagement with renewable energy technologies. S. 8.

<sup>12</sup> Die Abfrage der Beweggründe der protestierenden Menschen allgemein, wurde der Frage nach den persönlichen Beweggründen vorgeschaltet, um verzerrte Antworten aufgrund sozialer Erwünschtheit zu vermeiden. Hierdurch konnte in einem Fall eine sozial erwünschte Antwort identifiziert werden. In den weiteren Fällen wurden die allgemeinen Beweggründe mit den persönlichen Beweggründen gleichgesetzt.

<sup>13</sup> Eine Kraftfeldanalyse nach Kurt Lewin ist eine unaufwendige Visualisierung der involvierten Akteure, deren Einstellung gegenüber einem bestimmten Vorhaben/ Projekt/ Maßnahme und deren Einfluss auf das Vorhaben. Siehe hierzu: Funcke, Amelie/ Havenith, Amelie (2010) Moderations-Tools. S. 143-145.

Menschen zurückzuführen sind.<sup>14</sup> Auch wenn diese nur einen geringen Prozentsatz der Bevölkerung ausmachen und nicht zwingend das Meinungsbild der Bevölkerung abbilden, sind diese Personen in der Lage, einen starken Einfluss auf den Planungsprozess auszuüben.

---

<sup>14</sup> Vgl.: Roose, Jochen (2010) Der endlose Streit um die Atomenergie. S. 87.

## 4 Gesellschaftliche Diskurse zum Netzausbau

Der Konflikt um die Uckermarkleitung lässt sich in zwei gesamtgesellschaftliche Diskurse einordnen. Erstens in die fachliche Debatte über den Netzausbau selbst und zweitens in eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit angemessenen Formen der Bürgerbeteiligung sowie den Vorzügen und Grenzen der repräsentativen Demokratie bei großen Planungsvorhaben.

### 4.1 Ausbau der Netzinfrastruktur als gesamtgesellschaftliche Herausforderung

*Debatte um die Notwendigkeit und das Ausmaß des Netzausbaus*

Hinsichtlich des Ausbaus der Netzinfrastruktur wird derzeit debattiert, in welchem Ausmaß der Zubau von neuen Leitungen benötigt wird und in welcher Form dieser erfolgen soll. Wie in der Einleitung schon angerissen, wurde die Debatte insbesondere durch die zweite dena-Netzstudie angeregt, welche einen Bedarf an neuen 380-kV-Freileitungen im Übertragungsnetz für die kommenden fünfzehn Jahre in Höhe von 1.700 bis 3.600 Kilometern konstatiert.<sup>15</sup> Wie aussagekräftig die Daten der dena-Netzstudie II sind, ist durchaus umstritten. Verschiedene Akteure kritisieren den prognostizierten Bedarf als überdimensioniert und intransparent in seiner Berechnung.<sup>16</sup>

Am 30.05.2012 wurde von den Übertragungsnetzbetreibern der erste Entwurf eines Netzentwicklungsplans (NEP) Strom für das Jahr 2012 veröffentlicht. Darin wird der Bedarf an Optimierung, Verstärkung und Ausbau des Stromnetzes für die Jahre 2022 und 2032 festgehalten. Es werden zwar keine konkreten Trassenverläufe von Übertragungsleitungen beschrieben, aber es wird festgehalten, dass aus Sicht der Übertragungsnetzbetreiber ein zusätzlicher Netzbedarf von 7900 – 8600 km besteht<sup>17</sup>.

*Netzbedarf soll unter Beteiligung gesellschaftlicher Akteure ermittelt werden*

Zudem entwickelte sich eine Diskussion über die Angemessenheit des zu diesem Zeitpunkt bestehenden Verfahrens der Bedarfsermittlung, Planung und Koordinierung des Netzausbaus. Nun soll durch eine Bundesfachplanung unter der Federführung der Bundesnetzagentur mit Beteiligung der Öffentlichkeit, der Verbände, der Netzbetreiber und relevanten Behörden der bundesweite Bedarf ermittelt werden und die Ausarbeitung eines Konzepts erfolgen, wie der konkrete Leitungsverlauf am sinnvollsten zu gestalten ist.<sup>18</sup>

Eine derartige bundesweite Bedarfsplanung unter Beteiligung vieler gesellschaftlicher Akteure wird sowohl von Seiten der Netzbetreiber als auch der Protestbewegung als sinnvoll angesehen, da nur durch ein im gesamtgesellschaftlichen Diskurs entstandenes übergreifendes Konzept immer wiederkehrenden Diskussionen auf lokaler Ebene über die Notwendigkeit einer spezifischen 380-kV-Leitung vorgebeugt werden könne.<sup>19</sup> Unumstritten ist, dass der weitgehende Umstieg auf erneuerbare Energien ohne einen Netzausbau und -umbau nicht zu leisten ist. Insbesondere aufgrund des

<sup>15</sup> dena (2010) dena-Netzstudie II. S. 63.

<sup>16</sup> Deutsche Umwelthilfe (23.11.2010) Bei den Stromtrassen mehr Akzeptanz fördern.

<sup>17</sup> <http://www.netzentwicklungsplan.de/content/netzentwicklungsplan-2012> (abgerufen am 17.06.2012)

<sup>18</sup> Bundesnetzagentur (19.12.2011) Energienetzausbau.

<sup>19</sup> Die Einführung einer Bundesfachplanung war ebenfalls eine zentrale Empfehlung des Sondergutachtens des SRU. Siehe: SRU (2010) Wege zur 100% regenerativen Stromversorgung. S. 513–524.; Vertreter von 50Hertz/ Vertreterin des Vereins „Zubila“ (2011) Persönliches Interview geführt am 13./15.12.2011.

starken Ausbaus der Windenergie in Nord- und Ostdeutschland werden neue „Stromautobahnen“ in die deutschen Energieverbrauchszentren im Westen und Süden als unverzichtbar angesehen.<sup>20</sup> Zu einer dieser Leitungen gehört die hier behandelte Uckermarkleitung.

In Norddeutschland traten bereits Ende der 90er Jahre die ersten Netzengpässe auf lokaler Ebene auf. Immer häufiger müssen in erster Linie Windenergieanlagen (gegen eine gemäß §11 des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vorgesehene Entschädigungszahlung) aufgrund von mangelnden Übertragungskapazitäten vorübergehend abgeschaltet werden.<sup>21</sup> Dies sind volkswirtschaftliche Kosten, die auf die Strompreise der Endverbraucher umgelegt werden. Deshalb verpflichtet das EEG den nächstgelegenen Netzbetreiber im Fall von Kapazitätsengpässen zu einer unverzüglichen Kapazitätserweiterung durch Optimierung, Verstärkung und Ausbau des Netzes im Rahmen der wirtschaftlichen Zumutbarkeit.<sup>22</sup>

Es wäre jedoch verkürzt, den Ausbau der Erneuerbaren Energien als alleinigen Grund für die benötigten Investitionen in den Netzaus- und Umbau anzuführen. Zwischen 2008 und 2018 kommen in Deutschland auf Basis realer Kraftwerksbauten und Planungen über 23 GW installierte Leistung aufgrund des Neubaus von „fossilen“ Kraftwerken hinzu.<sup>23</sup> Ein weiterer entscheidender Grund für den Netzausbau ist der Aufbau des Europäischen Binnenmarktes mit dem Ziel eines innereuropäischen Stromhandels. Zudem ist das deutsche Stromnetz dringend modernisierungsbedürftig.<sup>24</sup>

Obwohl es inzwischen verschiedene gesetzliche Vorgaben zur Beschleunigung des Netzausbaus gibt, hierzu gehören die europäische TEN-E Leitlinie, das EnLAG und das im Juni 2011 beschlossene Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG), sind enorme Verzögerungen beim Netzausbau zu verzeichnen. Die in der dena-Netzstudie I bis 2015 als notwendig identifizierten 850 km neuer 380-kV-Leitungen wurden in Form von 24 Vorhaben von höchster Priorität im EnLAG sowie in der EU-Entscheidung Nr. 1364/2006/EG zur Festlegung von Leitlinien für die transeuropäischen Energienetze (TEN-E Leitlinien) niedergeschrieben.<sup>25</sup> Von diesen 24 Vorrangprojekten liegt jedoch die Hälfte hinter dem Zeitplan.<sup>26</sup> Als wichtigste Gründe werden seitens des SRU langwierige Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren, mangelnde

*Netzengpässe blockieren  
Windstrom*

*Auch neue „fossile“ Kraftwerke  
und innereuropäischer  
Stromhandel erfordern  
Netzausbau*

*24 Vorrangprojekte zum  
Netzausbau*

---

<sup>20</sup> SRU (2011): Wege zur 100% regenerativen Stromversorgung. S. 477. Siehe auch: BMWi, BMU (2010): Energiekonzept. S. 21.; dena (2005): dena-Netzstudie I. S.6.; dena (2010) dena-Netzstudie II. S.13.; DUH (2010a): Plan N. S.8.

<sup>21</sup> Kernstück des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist, dass Netzbetreiber Strom aus erneuerbaren Energien vorrangig vor Strom aus anderen Energieträgern wie Kohle, Gas oder Atom aufnehmen müssen.

<sup>22</sup> Für genauere Informationen zur Definition von „wirtschaftlicher Zumutbarkeit“ siehe: SRU (2011): Wege zur 100% regenerativen Stromversorgung. S. 485-487.

<sup>23</sup> SRU (2011): Wege zur 100% regenerativen Stromversorgung. S. 129.

<sup>24</sup> Nach der deutschen Bundesnetzagentur, welche 2005 zur Aufrechterhaltung und Förderung des Wettbewerbs in den Netzmärkten für Strom und Gas gegründet wurde, lag das Durchschnittsalter der Höchstspannungsmasten Anfang 2008 bei 32 Jahren auf der Spannungsebene von 380-kV und bei 50 Jahren auf der 220 kV-Ebene. Siehe: Kunz, Claudia (2011) Erneuerbare im Netz. S. 13.

<sup>25</sup> Planung, Bau und Wartung dieser Trassen ist für die jeweils betroffenen Übertragungsnetzbetreiber verpflichtend. Dies ist deshalb erwähnenswert, da nach früherer Rechtslage die Entscheidung über den fachlichen Bedarf neuer Leitungen bei den Übertragungsnetzbetreibern lag.

<sup>26</sup> Bundesnetzagentur (25.11.2011) Monitoringbericht 2011.

Investitionsanreize und Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung identifiziert.<sup>27</sup> In der Tat sind in den letzten Jahren zahlreiche Bürgerinitiativen entlang geplanter 380-kV-Leitungen gegründet worden. Hier eine aktuelle Übersicht, erstellt von Antina Sander:



Abbildung 2: Übersicht der Proteste gegen den Bau von 380-kV-Leitungen (Quelle: Sander, 2011)

Besonders große Aufmerksamkeit erhielt der Konflikt um die Höchstspannungsleitung Wahle-Mecklar.<sup>28</sup> Hier gründeten sich 19 Bürgerinitiativen entlang der geplanten Trasse, die 22.000 Einwendungen gegen die geplante Trasse mobilisierten.<sup>29</sup> Die bundesweite Verteilung der Bürgerinitiativen zeigt, dass es sich hierbei nicht um vereinzelte Protestereignisse handelt, sondern um ein ernstzunehmendes Problem für den erforderlichen Ausbau der Netzinfrastruktur, der gerade erst begonnen hat.

## 4.2 Berücksichtigung von Bürgerinteressen und den Umgang mit lokalen Protesten

„Stuttgart 21“ ist spätestens seit den gewaltsamen Ausschreitungen am 30. September 2010<sup>30</sup> zu einem Schlagwort geworden, das den gesamtgesellschaftlichen Diskurs über angemessene Formen der Berücksichtigung von Bürgerinteressen, den Umgang mit lokalen Protesten sowie die Grenzen und Vorzüge der repräsentativen Demokratie stark beeinflusst hat. Mit dem Versprechen die „Politik des Durchregierens“ durch eine „Politik des Gehörtwerdens“<sup>31</sup> zu ersetzen, gelang es Winfried Kretschmann als erstem grünen Politiker, Ministerpräsident von Baden-Württemberg zu werden. Auch in den Strategiepapieren zur Energiewende der

Suche nach angemessenen Formen der Bürgerbeteiligung

<sup>27</sup> SRU (2011): Wege zur 100% regenerativen Stromversorgung. S. 479-484.

<sup>28</sup> Vgl.: Schweizer-Ries, Petra (2010) Umweltpsychologische Untersuchung.

<sup>29</sup> Deutschlandradio (22.07.2011) Hochspannung in Niedersachsen. S. 3.

<sup>30</sup> Freudenreich, Josef-Otto (30.09.2010) Bürgerkrieg im Schlossgarten.

<sup>31</sup> zit. nach: Bund, Kerstin (04.05.2011) Die Baustelle bleibt.

Bundesregierung nehmen die Begriffe „Akzeptanz“ und „Transparenz“ eine Schlüsselfunktion ein.<sup>32</sup> Sucht man jedoch nach Begriffen wie „Partizipation“ und „Beteiligung“, werden im Energiekonzept keine Treffer erzielt. Genau dies wird jedoch von im Protest beteiligten Personen beklagt, so fehle grundsätzlich eine politische Kultur der Beteiligung.<sup>33</sup>

Ein Plädoyer für mehr Bürgerbeteiligung ist jedoch keinesfalls gesellschaftlicher Konsens. So wird der Politik vorgeworfen, auf lokale NIMBY-Proteste zu stark einzugehen und zunehmend nicht mehr zu regieren, sondern auf die Anliegen kleiner Minderheiten, die gut auf sich aufmerksam machen, zu reagieren und somit gesamtgesellschaftliche Interessen aus den Augen zu verlieren.<sup>34</sup> Auch von einflussreichen Medien wie dem Spiegel<sup>35</sup> wurde das Bild des eigennütigen „Wutbürgers“ aufgegriffen, dessen Sorgen um die Aussicht aus dem eigenen Fenster als typische „Not in my backyard“-Haltung eingestuft wurden. Gerhard Matzig, hauptberuflich tätig für die Süddeutsche Zeitung, veröffentlichte erst kürzlich das Buch *„Einfach nur dagegen – Wie wir unseren Kindern die Zukunft verbauen“*. Wie in der Einleitung schon angerissen, weisen empirische Untersuchungen wie die des Göttinger Instituts für Demokratieforschung darauf hin, dass die mediale Darstellung zu undifferenziert ist, um die Proteste der von Freileitungen betroffenen Menschen zu erklären. So wird in der Göttinger Studie zwar bestätigt, dass Mitglieder von Bürgerinitiativen meist älter als 45 Jahre sind und zur Berufsgruppe der „Besserverdienenden“ gehören und somit der Verortung des „Wutbürgers“ in der „Mitte der Gesellschaft“ entsprechen, jedoch keine grundsätzliche Blockadehaltung gegen jegliche Eingriffe in die gewohnte Umgebung zu beobachten sei. Vielmehr handle es sich um einen „Protest mit Tiefgang“<sup>36</sup>, wo auf Basis einer fundierten Auseinandersetzung mit komplexen Themen Alternativvorschläge erarbeitet würden und ein Anspruch auf Mitbestimmung im Umgang mit technologischen Großvorhaben geäußert werde.<sup>37</sup>

*Proteste mit Tiefgang statt NIMBY*

---

<sup>32</sup> Vgl.: BMWi, BMU (2010): Energiekonzept. S.32.

<sup>33</sup> Vertreter der BI „Biosphäre unter Strom“ (2011) Interview geführt am 08.12.2011.

<sup>34</sup> Vgl.: Deutschlandradio (22.07.2011) Hochspannung in Niedersachsen.

<sup>35</sup> Vgl.: Walter, Franz (08.09.2011) Studie über „Wutbürger“: Alt, stur, egoistisch. Siehe auch: Kurbjuweit, Dirk (11.10.2010) Der Wutbürger.

<sup>36</sup> Belle Becké, Ana (09.09.2011) „Wutbürger“?

<sup>37</sup> Marg, Stine (08.09.2011) Alles nur Nimbys?.

## 5 Planungs- und Kommunikationsprozesse um die Uckermarkleitung

*Geplante Leitung quert drei Landkreise und ein Biosphärenreservat*

### 5.1 Räumliche und zeitliche Einordnung des Fallbeispiels

Die Planung der 380-kV-Freileitung Bertikow-Neuenhagen 481/482 wurde vom Übertragungsnetzbetreiber Vattenfall Europe Transmission GmbH bereits im Jahr 2005 begonnen. Im Januar 2009 wurde in Folge der Entflechtung von Stromerzeugung und Netzbetrieb das Vorhaben an die 50 Hertz Transmission GmbH abgegeben. Die geplante Trasse umfasst vom Beginn der Leitung im Umspannwerk Bertikow bis zum Umspannwerk Neuenhagen 115 km und quert die Landkreise Uckermark, Barnim und Märkisch-Oderland. Alle drei Landkreise weisen im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt eine geringere Bevölkerungsdichte und eine höhere Arbeitslosigkeit auf. Besonders gravierend sind die Unterschiede im Landkreis Uckermark, wo auf einen Quadratkilometer 43 Personen kommen, im Vergleich zu 230 Personen/km<sup>2</sup> im Bundesdurchschnitt und einer Arbeitslosigkeit von 16,5% im Vergleich zu 6,4% bundesweit.

Zudem ist der Nordosten Brandenburgs durch eine Vielzahl von Schutzgebieten geprägt. Die Belastung durch bestehende Stromübertragungsleitungen ist vergleichsweise gering. Es führt jedoch schon heute eine 220-kV-Leitung durch das Biosphärenreservat, das den Status des UNESCO Weltkulturerbes genießt.

### 5.2 Ablauf des Genehmigungsverfahrens und formale Bürgerbeteiligung

*Raumordnungsverfahren wurde 2007 abgeschlossen*

Die Genehmigung einer 380-kV-Leitung erfolgt in einem zweistufigen Verfahren. Als erster Schritt ist nach dem Raumordnungsgesetz für die Errichtung von Hochspannungsfreileitungen mit einer Nennspannung von 110-kV und mehr ein Raumordnungsverfahren (RoV) durchzuführen. Im RoV soll auf überörtlicher Planungsebene eine Steuerung und Abstimmung von konkreten Vorhaben erfolgen. Das RoV wurde von der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft im Juni 2006 eröffnet und im Dezember 2007 abgeschlossen. Über den genauen Standort und die Zulassungsgenehmigung wird in einem zweiten Schritt, dem Planfeststellungsverfahren (PIV) entschieden. In Brandenburg ist es die Aufgabe des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) nach Prüfung der öffentlich-rechtlichen Zulässigkeit des Vorhabens und der Abwägung von privaten und öffentlichen Belangen das Vorhaben, wenn genehmigungsfähig, „planfestzustellen“.

Im Raumordnungsgesetz ist vorgeschrieben „die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen von der Aufstellung des Raumordnungsplans zu unterrichten“. Im Falle der Uckermarkleitung bedeutete dies, dass die öffentliche Auslegung der Unterlagen im Amtsblatt angekündigt wurde. Diese Ankündigung wurde von der betroffenen Bevölkerung jedoch kaum wahrgenommen, weswegen von der Möglichkeit, Stellungnahmen abzugeben, kein Gebrauch gemacht wurde. Da eine weitere Bürgerbeteiligung im RoV nicht vorgesehen ist, wurde es somit weitgehend ohne die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger abgeschlossen. Dies ist besonders problematisch, da die Planungspraxis von den gesetzlichen Vorgaben abweicht und das RoV sich zunehmend zu einem detailbezogenen

quasi-fachplanerischen Verfahren wandelt, welches eigentlich das PIV darstellen sollte. Auch im Falle der Uckermarkleitung wurde im RoV mit der Feststellung, das Vorhaben sei „bedingt genehmigungsfähig“, und der Auswahl eines Trassenkorridors von 500 m Breite bereits eine wichtige Grundsatzentscheidung getroffen.

Im Juni 2008, wenige Monate nach Abschluss des RoV, gründete sich die Bürgerinitiative „Biosphäre unter Strom“. Neben inhaltlichen Einwänden gegen den Bau einer Freileitung durch das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin und verschiedene Gemeinden gehört zu den zentralen Kritikpunkten, dass im RoV keine echten Alternativen geprüft wurden und im PIV seitens der BürgerInnen nur noch Einfluss auf die Trassierung innerhalb des bereits ausgewählten Korridors möglich sei, was häufig als „Trassenkosmetik“ bezeichnet wird. Formale Möglichkeiten der Einflussnahme seitens der BürgerInnen auf das Vorhaben bestehen im PIV durch die Erstellung von Einwendungen, welche spätestens bis 14 Tage nach Ablauf der Auslegungsfrist bei der Anhörungsbehörde oder der Gemeinde eingereicht werden müssen. Bis zum Ende der Einwendungsfrist am 27. September 2010 gingen 1.233 Einwendungen und 70 Stellungnahmen von Trägern Öffentlicher Belange ein. Nach Aussage des Landesamtes für Bergbau ist dies für die Region vergleichsweise viel.

*Bürgerinitiative sammelt 1.233  
Einwendungen gegen die  
Freileitung*

Knapp die Hälfte der Einwendungen wurde von Mitgliedern der Bürgerinitiative gesammelt, was die Bedeutung der Bürgerinitiative als Katalysator des Protestes verdeutlicht. Das ehemalige „Herzstück“ des Bürgerdialogs, die Durchführung eines Erörterungstermins nach Ende der Einwendungsfrist, liegt heute aufgrund von Beschleunigungsmaßnahmen im Ermessen der zuständigen Behörde. Da kein offizieller Erörterungstermin angesetzt wurde, organisierte die Bürgerinitiative eigenständig eine Ersatzveranstaltung.

Derzeit befindet sich das Vorhaben in der Endphase des Planfeststellungsverfahrens. Das Verfahren wird im Vorfeld nicht befristet, der Planfeststellungsbeschluss wird jedoch Mitte des Jahres 2012 erwartet. Da auf jede der eingegangenen Einwendungen seitens der Vorhabenträgerin 50 Hertz reagiert werden muss, wird die Dauer eines PIV durch das Ausmaß des Protestes erheblich beeinflusst. Erst nach Abschluss des PIV steht Personen, die in ihrem subjektiven Recht verletzt werden (in der Regel entspricht dies Verletzungen des Eigentums), und vorher eine Einwendung eingebracht haben, der Klageweg vor dem Oberverwaltungsgericht offen. Eine Klage im Falle der Planfeststellung der beantragten Freileitung wurde bereits von Gunnar Hemme, Sprecher der BI, auf einer Veranstaltung von Bündnis 90/Die Grünen in Eberswalde am 12. Dezember 2011 öffentlich in Erwägung gezogen.

*Planfeststellungsverfahren  
wird 2012 abgeschlossen*

Die folgende Tabelle stellt die Planungs- und Kommunikationsprozesse noch einmal im Überblick dar.

Tab. 2: Planungs- und Kommunikationsprozesse zur Uckermarkleitung

22. Juni 2006	Verfahren zur Raumordnung wurde eröffnet
19. September 2007	Auf Einwohnerversammlung in Börnicke stellte Vattenfall Europe das Vorhaben vor und erläuterte es
Dezember 2007	Abschluss des Raumordnungsverfahrens, Auswahl des Korridors durch die zuständige Behörde
13. Juni 2008	Erste öffentliche Veranstaltung der Bürgerinitiative „Biosphäre unter Strom“ am 13.6.2009 im Fischrestaurant „Aquamarin“ in Serwest
18. Juni 2008	Bundeskabinett bringt das EnLAG in den Bundesrat ein, vier Stromtrassen sind als Modellprojekte zur Erdverkabelung vorgesehen, die Uckermarkleitung ist nicht darunter
10. Juli 2008	Erste Podiumsdiskussion in Angermünde (Altstadthalle), weitere Veranstaltung organisiert von der Bürgerinitiative im Amt Britz-Chorin
17. Juli 2008	Cornelia Behm (MdB) und Sarah Polzer-Storekt, Sprecherin des Kreisverbandes Uckermark, luden zur Diskussionsveranstaltung „Bye, Bye Biosphäre? – Die Zukunft des Biosphärenreservates Schorfheide-Chorin“ ein
28. Juli 2008	Stadtverordnete und der Bürgermeister von Angermünde äußern ablehnende Haltung gegenüber dem Bau einer Freileitung in einem offenen Brief an den Ministerpräsidenten Platzeck und den Präsidenten des Landtags von Brandenburg
Sommer/ Herbst 2008	Sammlung von 2000 Unterschriften gegen den Bau einer Freileitung seitens der Bürgerinitiative
Ende August 2008	Landesregierung griff Forderung der Bürgerinitiative auf, und stellte Antrag auf Aufnahme der Uckermarkleitung in die Liste der Pilotprojekte zur Erdverkabelung
19. September 2008	Der Umweltausschuss des Bundesrats sprach Empfehlung für die Aufnahme der Uckermarkleitung in die Pilotprojekte zur Erdverkabelung aus, die Bundesratsversammlung lehnte Brandenburgs Antrag zur Erdverkabelung jedoch ab
28. September 2008	Kommunalwahlen in Brandenburg
Oktober 2008	Aufruf gegen Bau der Freileitung unterschrieben von acht Ortsbürgermeistern (Vertreter von Heinersdorf, Landin, Kerkow, Schmargendorf, Kleinziethen, Senftenhütte, Finow und Brandenburgisches Viertel)
16. Dezember 2008	Kreistag Barnim votierte für Erdverkabelung
18. Dezember 2008	Präsentation des Vorhabens seitens Vattenfall in Eberswalde; Stadtverordnete stimmten mit großer Mehrheit (bei einer Enthaltung) für eine Erdverkabelung; ebenso positionierten sich die Gemeindevertreter von Chorin
27. Januar 2009	Parlamentarischer Abend organisiert seitens der Bürgerinitiative und EuroParc Deutschland e.V. in Berlin, um mit Bundestagsabgeordneten über Novellierung des EnLAGs zu diskutieren; Staatssekretär Dietmar Schulze aus brandenburgischen Umweltministerium anwesend
10. Februar 2009	Präsentation des Vorhabens seitens Vattenfall im Ausschuss für Landwirtschaft, Umweltschutz und Abfallwirtschaft des Kreises Eberswalde

05. März 2009	Bürgerversammlung im Brandenburgischen Viertel initiiert vom Ortsvorsteher Carsten Zinn und der BI
Mai 2009	EnLAG vom Bundestag beschlossen
Juni 2009	Vorlage der Detailplanung von 50Hertz und Beginn des Planfeststellungsverfahrens
06. Juni 2009	Informationsstand der Bürgerinitiative auf dem Hoffest in Brodowin
03. September 2009	Öffentliche Podiumsdiskussion in der Altstadthalle in Angermünde
16. September 2009	50Hertz Transmission GmbH reichte Antrag auf Planfeststellung nach dem EnWG beim Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg (LBGR) ein
17. September 2009	Öffentliche Podiumsdiskussion in der Aula der FH Eberswalde
19. September 2009	Fahrradtour entlang des geplanten Trassenverlaufs, organisiert von Naturfreunden
27. September 2009	Landtagswahl Brandenburg
17. Oktober 2009	Protestwanderung gegen die geplante Freileitung durch das Biosphärenreservat, organisiert seitens der BI, des Ökodorfs Brodowin und des Alpakahofs Schorfheide
03. Dezember 2009	Auf der 12. Sitzung des SVV Bernau stimmte Mehrheit gegen finanzielle Beteiligung an wissenschaftlichen Gegengutachten, initiiert seitens der BI
05. Januar 2010	Informationsveranstaltung und Podiumsdiskussion von Bürgerinitiative und Lokale Agenda 21 Gruppe Biesenthal im Kulturbahnhof Biesenthal
25. Januar 2010	Treffen der Vertreter der Kommunen, Unterstützung der Finanzierung der Gegengutachten
April 2010	Erläuterungsbericht von 50 Hertz
16. August 2010	Vierwöchige Auslegungsfrist im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens beginnt
31. August 2010	Protestaktion in Form von Straßentheater der Gruppe Spilwut auf dem Eberswalder Marktplatz; Informationsstände der Bürgerinitiative und des umweltpolitischen Vereins „Zukunft in der Biosphäre und im Lebensraum Angermünde“ (Zubila e.V.)
01. September 2010	Öffentliche Anhörung in der Klosterkirche Angermünde, organisiert von der Bürgerinitiative mit Vertretern von 50 Hertz Transmission GmbH, Gutachter von beiden Seiten anwesend
August/ September 2010	Grüne und FDP bringen Entwurf eines Erdkabelgesetzes in den Landtag ein
23. September 2010	Stellungnahme von Gemeindevertretern Chorins gegen Freileitungspläne; ebenso positionierte sich Eberswalde
23. September 2010	Stellungnahme von Naturschutzverbänden (NaturFreunde Deutschlands, Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland e.V., NABU-Regionalverband Angermünde e.V., NABU Kreisverband Barnim e.V.) gegen Bau einer Freileitung
27. September 2010	Ende der Einwendungsfrist, es gingen 1.233 Einwendungen und 70 Stellungnahmen von Trägern Öffentlicher Belange ein

24. November 2010	Barnimer Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen unterstützten die Bürgerinitiative mit Spende von 1.000 Euro bei Finanzierung eines Gutachtens im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens; ebenso beteiligten sich die Städte Angermünde und Eberswalde, der Landkreis Barnim sowie die Gemeinden Chorin, Ziethen, Melchow und Sydower Fließ
09. Februar 2011	Anhörung zu Erdkabelgesetz im Wirtschafts- und Umweltausschuss des Brandenburger Landtags
03. März 2011	Protestaktion mit Leuchtstoffröhren um elektromagnetische Felder sichtbar zu machen, organisiert von der Bürgerinitiative (nahmen ca. 30 Personen teil)
13. April 2011	Rot-rote Koalition in Brandenburg entscheidet sich gegen ein Erdkabelgesetz auf Landesebene (aus verfassungsrechtlichen Gründen), stattdessen Antrag im Bundestag
20. Mai 2011	Trassenplenum traf sich in der Blumberger Mühle und beschloss, dass das Projekt nicht genehmigungsfähig sei
26. September 2011	Vor-Ort-Besichtigung ausgewählter Konfliktpunkte im Hinblick auf Störung des Landschaftsbildes, organisiert vom Wirtschaftsministerium, alle Konfliktparteien sind vertreten
13. März 2012	Informationsveranstaltung zur 380-kV-Leitung in der Blumberger Mühle, gemeinsames Podium besetzt durch den Wirtschaftsminister, den Technischer Geschäftsführer von 50 Hertz und Hartmut Linder von der Bürgerinitiative „Biosphäre unter Strom“

### 5.3 Konfliktgenese

Der Konflikt um die Uckermarkleitung wird maßgeblich von der Bürgerinitiative „Biosphäre unter Strom“ geprägt. Dabei besteht der Kern der Bürgerinitiative nur aus wenigen Personen. Da jedoch der Schulterchluss mit einigen KommunalpolitikerInnen gelang, konnte die Einflussosphäre deutlich ausgeweitet werden. Hierfür bildeten die Kommunalwahlen am 28. September 2008 eine günstige Gelegenheit, da es der Bürgerinitiative gelang, im Wahlkampf die KandidatInnen auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen und sie zu einer Positionierung gegenüber der Uckermarkleitung zu bewegen. So entfaltete sich Ende 2008 eine Dynamik des Protestes, als im Oktober acht Ortsbürgermeister einen offenen Aufruf gegen den Bau einer Freileitung unterschrieben und sich wenig später im Dezember 2008 sowohl der Kreistag Barnim als auch die Stadtverordneten von Eberswalde sowie die Gemeinde Chorin für eine Erdverkabelung aussprachen. Besonders bedeutsam war für die Bürgerinitiative später die Unterstützung der Städte Angermünde und Eberswalde, des Landkreises Barnim sowie der Gemeinden Chorin, Ziethen, Melchow und Sydower Fließ bei der Finanzierung von wissenschaftlichen Gegengutachten, da diese die Einbringung von fundierten Stellungnahmen und Einwendungen im Planfeststellungsverfahren ermöglichten.

Neben der Einflussnahme auf die Kommunalpolitik leistete die Bürgerinitiative auf der lokalen Ebene eine kontinuierliche Informationsarbeit durch Broschüren, eine eigene Homepage sowie Veranstaltungen und Protestaktionen. Ziel war es, „über die Gefahren, die von der geplanten 380-kV-Freileitung für Mensch und Natur ausgehen“ aufzuklären, Alternativen aufzuzeigen sowie die BürgerInnen über ihre Beteiligungsrechte im

Planungsprozess zu informieren und ihnen Hilfestellung bei der Wahrnehmung ihrer Beteiligungsrechte zu geben. Dabei wurde von der Bürgerinitiative keine grundsätzliche Blockadehaltung eingenommen. Stattdessen wurden auf Basis einer fundierten Auseinandersetzung, auch mit sehr komplexen technischen Details, unter Einbeziehung von externen Experten, eine umfassende Kritik sowie auch Lösungsvorschläge formuliert. Die folgende Tabelle informiert über die spezifische Zielsetzungen und die strategische Vorgehensweise der Bürgerinitiative.

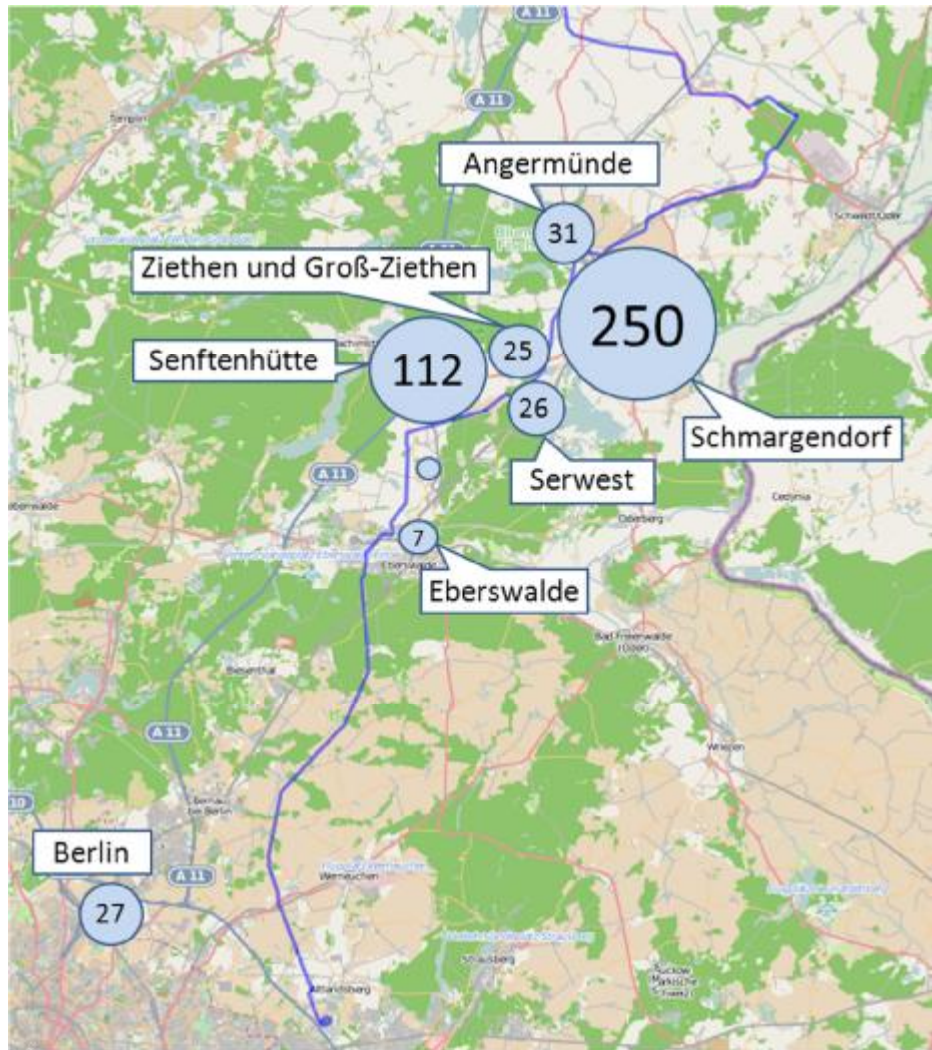
**Tab. 3: Zielstellungen und strategische Vorgehensweise der Bürgerinitiative „Biosphäre unter Strom“** (Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Kommunikation mit Vertreter der Bürgerinitiative „Biosphäre unter Strom“)

Ebenen	Spezifische Zielsetzungen	Strategische Vorgehensweise
Lokal/ Regional	Ablehnung der Uckermarkleitung im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens	Mobilisierung von Einwendungen und Organisation der Finanzierung von vier wissenschaftlichen Gegengutachten
Land Brandenburg	Verabschiedung eines Brandenburgischen Erdkabelgesetzes	Kontaktaufnahme zu Landtagsabgeordneten und zuständigen Ministerien
Bund	Aufnahme der Uckermarkleitung in die Pilotprojekte zur Erdverkabelung des EnLAG	Kontaktaufnahme zu Bundestagsabgeordneten und zuständigen Ministerien

Bei einer Unterschriftenaktion im Sommer 2008 wurden 2.000 Unterschriften gesammelt, die jedoch auf das Genehmigungsverfahren keinen formalen Einfluss hatten. Während des Planfeststellungsverfahrens wurden Formulierungshilfen angeboten und ca. 500 Einwendungen über die Bürgerinitiative mobilisiert. Auf der Ebene des Landes nahm die Bürgerinitiative Kontakt zu Abgeordneten auf und wirkte auf die Einbringung eines Gesetzesentwurfes nach Vorbild des Niedersächsischen Erdkabelgesetzes hin.

Nach eigenen Aussagen konnte die Bürgerinitiative ihr ursprüngliches Ziel, entlang des gesamten Trassenverlaufs von Bertikow bis Neuenhagen als Sprachrohr für die Freileitungsgegner zu dienen, nicht erreichen, da nördlich von Mürow und südlich von Eberswalde ab Grünthal ihre Bemühungen auf kein Interesse stießen. Anhand der bildlichen Darstellung der regionalen Verteilung der von der Bürgerinitiative gesammelten Einwendungen, lässt sich die Konzentration des Einflusses der Bürgerinitiative deutlich erkennen.<sup>38</sup>

<sup>38</sup> Die Einwendungen aus Berlin stammen nach Aussage der BI „Biosphäre unter Strom“ hauptsächlich von Personen, die die betroffene Region zur Naherholung nutzen.



**Abb. 1: Regionale Verteilung der von der Bürgerinitiative „Biosphäre unter Strom“ mobilisierten Einwendungen**

Im Jahr 2009 brachte die Fraktion Die Linke, damals noch in der Opposition, einen Gesetzesentwurf ein, der jedoch von der CDU-SPD Koalition aufgrund von verfassungsrechtlichen Bedenken abgelehnt wurde. Ein erneuter Gesetzesentwurf wurde von den Fraktionen der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen, welche die Bürgerinitiative in ihren Forderungen unterstützen, im August 2010 eingebracht. Auch auf Ebene des Landes bot sich mit den Landtagswahlen im September 2009 der Bürgerinitiative eine günstige Ausgangsbedingung. Auf die Ebene des Bundes wurde zum einen indirekt über die Landespolitik, das Verfassen von Offenen Briefen an alle zuständigen Ministerien in Brandenburg und im Bund sowie über die Einladung von Bundestagsabgeordneten in die betroffene Region und zu einem parlamentarischen Abend Einfluss genommen. Die damals noch schwarz-rote Landesregierung griff die Forderung nach einer Erdverkabelung der Uckermarkleitung auf und stellte im Bundesrat einen entsprechenden Antrag die Uckermarkleitung in die Pilotprojekte zur Erdverkabelung des EnLAG aufzunehmen. Der Umweltausschuss des Bundesrates empfahl die Annahme des Antrags, welcher jedoch vom Bundesrat am 19. September 2009 abgelehnt wurde.

*Uckermarkleitung wird kein Pilotprojekt zur Erdverkabelung*

## 6 Wahrnehmung des Konflikts um die Uckermarkleitung

Im Folgenden soll versucht werden, nach und nach dem Kern des Konfliktes um die Uckermarkleitung näher zu kommen. Ziel ist es, mehr über die Wahrnehmung der konfliktiven Prozesse um die Uckermarkleitung zu erfahren und zu verstehen, wie unterschiedliche Akteursgruppen, einschließlich der Konfliktparteien, den Konflikt deuten und wie diese Deutungsmuster wiederum das Handeln beeinflussen. In einem ersten Schritt wird die Presseberichterstattung zur Uckermarkleitung analysiert, um mehr darüber zu erfahren, wie die Planungsprozesse und die darum entstandenen Proteste in den Medien einer breiten Öffentlichkeit präsentiert werden. Welche Interpretationsmuster werden vorgegeben, wie werden die Akteure dargestellt, wie werden die Proteste geframed.

In einem zweiten Schritt wird quasi der Blick von der Peripherie gewagt. In Interviews mit Vertretern aus Ämtern und Gemeinden entlang der gesamten Trasse soll hinterfragt werden, welche Rolle die Uckermarkleitung und die Proteste dagegen in der Alltagswelt der jeweiligen Gemeinde spielen. So soll versucht werden, den Konflikt in seiner räumlichen Ausdehnung zu begreifen und gleichzeitig weitere inhaltliche Deutungen wichtiger Akteure zu erfassen.

Schließlich soll mittels Interviews mit den Konfliktparteien zum Kern des Konfliktes vorgedrungen werden. Ziel ist es, mehr über ihre Problemwahrnehmung zu erfahren und abzugleichen, welche zur Diskussion stehenden Bereiche tatsächlich konfliktär sind und bei welchen die Konfliktparteien nicht weit auseinander liegen. Dabei wird einerseits auf die inhaltliche Dimension des Konfliktes eingegangen, also die Frage worin die Unterschiede in der Wahrnehmung der Uckermark-Freileitung bzw. der vorgeschlagenen Erdverkabelungsalternative liegen. Andererseits wird aber auch die Prozessdimension des Konfliktes hinterfragt, weil häufig intransparent durchgeführte Prozesse ohne öffentliche Beteiligung Konflikte verschärfen können.

### 6.1 In der medialen Sphäre

Obwohl das Raumordnungsverfahren zur Uckermarkleitung seit Mitte 2006 lief und Ende 2007 abgeschlossen wurde, fand dieser Prozess keinerlei Echo in der regionalen wie überregionalen Presse. Erst seit der ersten öffentlichen Veranstaltung der Bürgerinitiative „Biosphäre unter Strom“ im Juni 2008 wird regelmäßig, wenn auch nicht häufig, in der Presse über die Planungsprozesse zur Uckermarkleitung und die daraus resultierenden Konflikte berichtet. Auf regionaler Ebene sind dies vor allem der „Nordkurier“ und die „Märkische Oderzeitung“ (MOZ). Einzelne Artikel erschienen aber auch in der „Schweriner Volkszeitung“, der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“, den „Potsdamer Neuesten Nachrichten“, im „Tagesspiegel“, in der „Berliner Morgenpost“ und in der „taz“. Einen Überblick über die Erscheinungsfrequenz der Artikel gibt die folgende Abbildung.

*Von der medialen Sphäre über die Peripherie zum Kern des Konflikt*

*Seit 2008 Echo in der regionalen und überregionalen Presse*

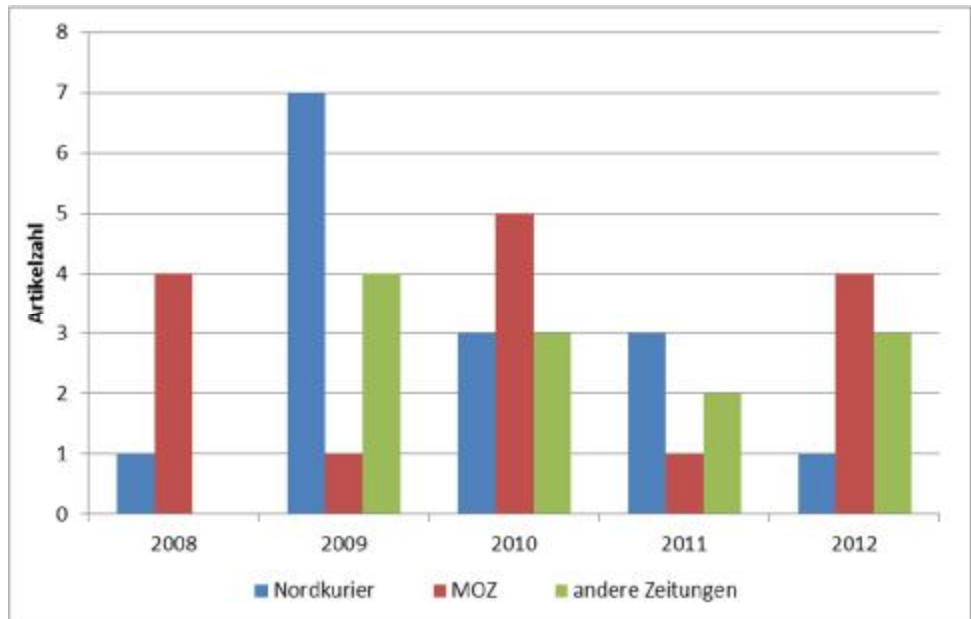


Abb. 3: Artikel zur Uckermarkleitung in der regionalen und überregionalen Presse

Im Folgenden werden die Ergebnisse einer Inhaltsanalyse der Presseartikel aus der MOZ wiedergegeben. Im Mittelpunkt der Analyse steht, in welcher Weise die Medien über die Auseinandersetzung zur Uckermarkleitung berichten. Dabei werden vor allem die medialen Konstruktionsprozesse um den Konflikt näher betrachtet:

- Wie werden die Proteste dargestellt?
- Welche Akteure kommen zu Wort?
- Welche Inhalte werden transportiert?

In den folgenden Abschnitten wird entsprechend auf die räumliche Dimension des Konflikts, die Akteure und die inhaltliche Dimension des Konflikts eingegangen. Fokus der Medienanalyse war somit nicht, was tatsächlich passierte, sondern worüber in welcher Weise berichtet wurde.

### 6.1.1 Ablehnung auf breiter Front

Bereits aus einer kurzen Analyse der Überschriften wird die angespannte Situation in der Region deutlich. Die Überschriften sind geprägt von Begriffen wie: „Spannung“<sup>39</sup>, „Protest“<sup>40</sup>, „gegen“<sup>41</sup>, „wehren“<sup>42</sup>, „Veto“<sup>43</sup>, „Bedenken“<sup>44</sup>, „Nein“<sup>45</sup> oder „hohe Anspannung“<sup>46</sup>.

Der Protest wird vor allem von der Bürgerinitiative „Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat“ getragen, in der 40 aktive Personen

<sup>39</sup> „Uckermark unter Hochspannung“ in MOZ vom 06.06.2009

<sup>40</sup> „Protestveranstaltung ohne Gegner“ in MOZ vom 15.07.2008

<sup>41</sup> „Widerstand gegen Stromleitung“ in MOZ vom 28.06.2008

<sup>42</sup> „Börnicke wehrt sich gegen Freileitung“ in MOZ vom 29.09.2010

<sup>43</sup> „Bürgerveto gegen Uckermarkleitung“ in MOZ vom 21.08.2010

<sup>44</sup> „Stadt erhebt Bedenken gegen Stromleitung“ in MOZ vom 24.10.2010

<sup>45</sup> „Stadt bleibt beim Nein zur Freileitung“ in MOZ vom 13.03.2012

<sup>46</sup> „Hohe Anspannung“ in MOZ vom 07.04.2012

mitarbeiten<sup>47</sup>. Die Bürgerinitiative taucht in fast jedem Artikel auf und wird als Institution benannt, die die Proteste in der Region bündelt. Dabei verweigert sich die Bürgerinitiative nicht grundsätzlich dem Netzausbau, will aber eine oberirdische Trassenführung der Uckermarkleitung durch das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin sowie in der Nähe von Wohnbebauung verhindern. In diesen Bereichen, so die Bürgerinitiative, müsse erdverkabelt werden. Die Bürgerinitiative sammelt Unterschriften und veranstaltet Protestdemonstrationen und Podiumsdiskussionen gegen den Bau der Uckermarkleitung. Als Mitte 2009 klar wird, dass die Uckermarkleitung nicht zu den vier Pilotprojekten gehören wird, in denen bundesweit Erfahrungen mit der Erdkabel-Technologie auf der Höchstspannungsebene gesammelt werden sollen, nimmt die Bürgerinitiative Kontakt zu den von der Freileitung betroffenen Kreisen, Städten, Gemeinden und Ämtern auf und bittet um finanzielle Unterstützung zur Erstellung von Fachgutachten. Von unabhängigen Gutachtern sollen die Auswirkungen der Freileitung auf Menschen, Lebewesen und Landschaft abgeschätzt werden. Auch im Rahmen der im Planfeststellungsverfahren vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten engagiert sich die Bürgerinitiative und ermutigt viele Bürger in Einwendungen gegen die Freileitung Stellung zu beziehen.

Folgt man der Berichterstattung, gibt es in der Region Proteste in größerem Umfang. Gerade in den Artikeln aus den Jahren 2008, 2009 und 2010 bleibt die Verortung der Proteste aber unkonkret. Es ist die Rede von „Gemeinden“<sup>48</sup>, „vielerorts“<sup>49</sup>, „Protest hält an“<sup>50</sup>, „in den Dörfern“<sup>51</sup>, „in breiten Teilen der Bevölkerung“<sup>52</sup> oder „in der Bevölkerung“<sup>53</sup>. Erst ab Ende 2010 werden in den Zeitungsartikeln auch Orte genannt, ohne dass klar wird, ob es in diesen Orten wirklich Proteste gibt oder ob die Freileitung nur grundsätzlich an diesen Orten vorbeiläuft. Zum Teil wird aber auch deutlich, dass es nicht überall gelingt, die Bevölkerung für dieses Thema überhaupt zu sensibilisieren<sup>54</sup>.

Als Kommunen, die die Proteste unterstützen, treten namentlich Angermünde, Eberswalde, Börnicke und Landin in Erscheinung. So beteiligen sich die Städte Eberswalde und Angermünde mit einem finanziellen Beitrag von 15.000 € bzw. 5.000 € an der Erstellung von unabhängigen Gutachten zu den Auswirkungen der Freileitung<sup>55</sup>. Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens verabschiedet die Stadtverwaltung von Angermünde eine Stellungnahme gegen die Freileitung<sup>56</sup>.

Die Proteste werden, so in verschiedenen Artikeln der MOZ nachzulesen, auch von der Leiterin des Biosphärenreservats, dem Landesumweltamt, Bündnis 90/Die Grünen auf Landesebene und der FDP auf Kreisebene unterstützt<sup>57</sup>.

*Angespannte Situation und viele Proteste*

---

<sup>47</sup> „Nicht über unsere Köpfe!“ in MOZ vom 26.10.2011

<sup>48</sup> „Leitung sorgt für Bauchschmerzen“ in MOZ vom 11.06.2008

<sup>49</sup> „Erhöhtes Krebsrisiko“ in MOZ vom 17.06.2008

<sup>50</sup> „Protestveranstaltung ohne Gegner“ in MOZ vom 15.07.2008

<sup>51</sup> „Uckermark unter Hochspannung“ in MOZ vom 06.06.2009

<sup>52</sup> „Teure Gutachten gegen Freileitung“ in MOZ vom 19.01.2010

<sup>53</sup> „Bürgerinitiative ruft zum Protest“ in MOZ vom 24.08.2010

<sup>54</sup> „Bürgerveto gegen Uckermarkleitung“ in MOZ vom 21.08.2010

<sup>55</sup> „Teure Gutachten gegen Freileitung“ in MOZ vom 19.01.2010

<sup>56</sup> „Stadt erhebt Bedenken gegen Stromleitung“ in MOZ vom 24.10.2010

<sup>57</sup> „Protestveranstaltung ohne Gegner“ in MOZ vom 15.07.2008

*Verschandelung des Landschaftsbildes und Gesundheitsrisiken als wichtigste Kritikpunkte*

**6.1.2 Die Kritikpunkte**

Als Kritikpunkte am Bau der Uckermarkleitung werden in den Artikeln insbesondere die Gesundheitsrisiken für den Menschen angeführt. In den meisten Artikeln wird nur allgemein von Gesundheitsrisiken gesprochen. Wenn konkrete Risiken angesprochen werden, dann geht es um ein erhöhtes Leukämierisiko bei Kindern<sup>58</sup> oder um eine erhöhte Fehlgeburtenrate<sup>59</sup>, die durch die elektromagnetischen Wechselfelder ausgelöst werden sollen. Weitere wichtige Kritikpunkte betreffen die Verschandelung des Landschaftsbildes, ökonomische Fragen sowie die Beeinträchtigung des Naturschutzes. Die ökonomischen Argumente beziehen sich entweder direkt auf einen Wertverlust von Grundstücken oder Immobilien oder indirekt auf eine Entwertung der Region, die durch die Freileitung ihren Erholungswert einbüßt, was sich negativ auf Tourismus und regionale Entwicklung auswirken wird. So befürchtet beispielsweise die Stadt Angermünde durch die Beeinträchtigung des Erholungswertes und des Landschaftsbildes den in Aussicht gestellten Titel „*Staatlich anerkannter Erholungsort*“ nicht zu bekommen<sup>60</sup>. Die folgende Tabelle zeigt die Kritikpunkte in der Übersicht.

**Tab. 3: Kritikpunkte an der Uckermarkleitung in der regionalen Presse**

Bedenken	Nennungen
<b>Landschaftsbild und Lebensqualität</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Beeinträchtigung des Landschaftsbildes</li> <li>• freier Blick wird verstellt</li> <li>• Einschränkung der Lebensqualität</li> </ul>	n=12
<b>Gesundheit</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• gesundheitliche Risiken</li> </ul>	n=12
<b>Wertverluste</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wertverlust von Grundstücken und Immobilien</li> <li>• Entwertung der Region</li> <li>• Region verliert Erholungswert</li> <li>• negativ für Tourismus und regionale Entwicklung</li> </ul>	n=10
<b>Naturschutz</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Schutzstatus des Biosphärenreservates ist bedroht</li> <li>• Beeinträchtigung von Natur und Artenreichtum</li> </ul>	n=8

Die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, Gesundheitsrisiken und negative Auswirkungen auf die Natur durch die Freileitung wurden seit 2008 durchgängig thematisiert. Der Verlust des Erholungswertes der Region verbunden mit den befürchteten negativen Konsequenzen für Tourismus und regionale Entwicklung wird erst seit 2010 als Argument verwendet.

*Kritik an der Intransparenz des Planungsprozesses*

Weitere Kritikpunkte beziehen sich auf die Planungsprozesse zur Uckermarkleitung. So wird kritisiert, dass die Öffentlichkeit nicht in die Planung einbezogen wurde<sup>61</sup>, dass der Planungsprozess wenig transparent war<sup>62</sup> und

<sup>58</sup> „Erhöhtes Krebsrisiko“ in MOZ vom 17.06.2008 und „Seelsorge statt Schlichtung“ in MOZ vom 11.04.2012

<sup>59</sup> „Erhöhtes Krebsrisiko“ in MOZ vom 17.06.2008

<sup>60</sup> „Stadt erhebt Bedenken gegen Stromleitung“ in MOZ vom 24.10.2010

<sup>61</sup> „Widerstand gegen Stromleitung“ in MOZ vom 28.06.2008

dass aus Bürgersicht so entscheidende Dinge wie der Trassenverlauf nicht mehr veränderbar waren<sup>63</sup>.

### 6.1.3 Argumentation des Vorhabenträgers

Obwohl die Vattenfall Europe Transmission GmbH bzw. die 50 Hertz Transmission GmbH Vorhabenträgerin ist und als diese auch regelmäßig in den Artikeln benannt wird, kommt das Unternehmen in den ersten Jahren der Debatte um die Uckermarkleitung in den Artikeln nicht selber zu Wort. Die Argumentation von Vattenfall Europe / 50 Hertz erschließt sich nur indirekt über Äußerungen von Vertretern der Bürgerinitiative. Danach ist der Anschluss erneuerbarer Energien der wichtigste Grund, der von Vattenfall Europe / 50 Hertz als Begründung für den Bau der Uckermarkleitung angeführt wird:

*„Laut Vattenfall sollen Biomasse- und Windkraftwerke in Brandenburg und Mecklenburg angeschlossen werden.“<sup>64</sup>*

*„Vattenfall behauptet, dass die Einspeisung regenerativer Energien und insbesondere der Anschluss der Windparks in der Ostsee den Neubau der Trasse notwendig machen.“<sup>65</sup>*

Dieser Argumentation wird von Anfang an misstraut. Die Gegner der Uckermarkleitung werfen Vattenfall Europe / 50 Hertz Täuschung vor und glauben, dass der wahre Grund für den Bau der Uckermarkleitung darin liege, polnische Kraftwerkskapazitäten des Konzerns anzuschließen und „Profit zu machen“<sup>66</sup>. Auch die grundsätzliche Notwendigkeit der Trasse wird angezweifelt<sup>67</sup>.

Ab 2012 kommt 50 Hertz selbst in den Medien zu Wort und begründet die Notwendigkeit der Uckermarkleitung auch damit, dass die bestehende, 50 Jahre alte 220-kV-Leitung an ihre Kapazitätsgrenzen stoße. Immer häufiger müssten Windräder angehalten werden, weil ansonsten das Zuviel an Erneuerbaren Energien die Netzstabilität gefährden würde. Deshalb müsse die alte Leitung durch eine neue 380-kV-Leitung ersetzt werden<sup>68</sup>.

### 6.1.4 Erdverkabelung als neuer Konfliktpunkt

Eine Hauptforderung der Bürgerinitiative im Konflikt ist, die Freileitung in sensiblen Schutz- und Wohngebieten unter die Erde zu verlegen. Diese sogenannte Erdverkabelung wird bereits seit 2008 von der Bürgerinitiative als Lösung vorgeschlagen und Vattenfall Europe / 50 Hertz vorgeworfen, diese Lösung zu früh verworfen zu haben<sup>69</sup>. Vattenfall Europe / 50 Hertz begründet die Ablehnung der Erdverkabelung damit, dass die Technologie zu teuer sei und die Sicherheit fehle<sup>70</sup>.

---

<sup>62</sup> „Nicht über unsere Köpfe!“ in MOZ vom 26.10.2011

<sup>63</sup> „Seelsorge statt Schlichtung“ in MOZ vom 11.04.2012

<sup>64</sup> „Erhöhtes Krebsrisiko“ in MOZ vom 17.06.2008

<sup>65</sup> „Protestveranstaltung ohne Gegner“ in MOZ vom 15.07.2008

<sup>66</sup> „Protestveranstaltung ohne Gegner“ in MOZ vom 15.07.2008 und „Erhöhtes Krebsrisiko“ in MOZ vom 17.06.2008

<sup>67</sup> „Protestveranstaltung ohne Gegner“ in MOZ vom 15.07.2008 und „Stadt erhebt Bedenken gegen Stromleitung“ in MOZ vom 24.10.2010

<sup>68</sup> „Seelsorge statt Schlichtung“ in MOZ vom 13.03.2012

<sup>69</sup> „Widerstand gegen Stromleitung“ in MOZ vom 28.06.2008

<sup>70</sup> „Protestveranstaltung ohne Gegner“ in MOZ vom 15.07.2008

Erdverkabelung – erst Lösung,  
dann neuer Konfliktpunkt

Auch nachdem bekannt wurde, dass die Uckermarkleitung nicht zu den im Rahmen des EnLAG geförderten Pilotprojekten gehören wird, kämpft die Bürgerinitiative weiter für die Erdverkabelung der 380-kV-Leitung durch die Biosphäre und entlang von Wohngebieten<sup>71</sup>. Nach neuen Gutachten muss die Bürgerinitiative zugeben, dass auch die Erdverkabelung einen erheblichen Eingriff in die Natur darstellt. Aus ihrer Sicht ist der Eingriff aber das kleinere Übel gegenüber der Freileitung<sup>72</sup>. 50 Hertz bleibt weiter ablehnend: Erdverkabelung sei nicht genehmigungsfähig, da zu massive Eingriffe in Eigentumsrechte nötig wären, die Technologie zu teuer und technisch nur wenig erprobt sei<sup>73</sup>.

Die Präferenz für die Erdverkabelung seitens der Freileitungskritiker erschließt sich einzig und allein aus der Ablehnung der Freileitung. Eine Erdverkabelung hätte nicht die bei der Freileitung wahrgenommenen Nachteile für Landschaftsbild, Lebensqualität und Naturschutz. In keinem Artikel werden allerdings Vorteile angeführt, die die Erdverkabelung für den Stromtransport mit sich bringt.

### 6.1.5 Generelle Konfliktlinien und Deutungsmuster

Stromriesen bedrohen  
unberührte Landschaft

Die Presseartikel wurden auch dahingehend untersucht, welche Sprachbilder verwendet werden, wenn von der Freileitung bzw. den Konfliktparteien die Rede ist, und an welche anderen Technologien diskursiv angeknüpft wird. Verschiedene Metaphern beschreiben die Freileitung als „Großtechnik“<sup>74</sup>, „Elektrizitätsautobahn“<sup>75</sup>, „industrielle Leitung“<sup>76</sup> und die Masten als „Stromriesen“<sup>77</sup>, die die „unberührte Landschaft“<sup>78</sup> und die „freie Natur“<sup>79</sup> der Uckermark irreversibel und nicht kompensierbar beeinträchtigen. Die ganze Uckermark würde quasi „unter Strom gesetzt“<sup>80</sup> werden und Schutzgebiete wie das Biosphärenreservat würden nur noch eine „leere Hülle“<sup>81</sup> sein.

Die Wahrnehmung der Uckermarkleitung als Großtechnologie spiegelt sich auch darin wieder, welche anderen Technologien in einem Atemzug mit der Freileitung genannt werden. So wird auf den „Bau verschiedener Windräder“<sup>82</sup> aufmerksam gemacht, die in der Region bereits für Aufsehen gesorgt hätten. In Eberswalde werden Parallelen zur Sondermüllverbrennungsanlage gezogen<sup>83</sup>. Der Bernauer Ortsteil Börnicke wehrt sich gegen die Freileitung, da im Ort bereits „zwei Freileitungen vorhanden seien, der Windpark mit zusätzlichen Windkraftanlagen um zirka 100 Hektar drastisch vergrößert werden solle und sich unmittelbar angrenzend ein zirka 300 Hektar großer Solarpark in Planung befinde, zudem eine Hochdruckferngasleitung existiere“<sup>84</sup>.

<sup>71</sup> „Uckermark unter Hochspannung“ in MOZ vom 06.06.2009

<sup>72</sup> „Nicht über unsere Köpfe!“ in MOZ vom 26.10.2011

<sup>73</sup> „Seelsorge statt Schlichtung“ in MOZ vom 13.03.2012

<sup>74</sup> „Leitung sorgt für Bauchschmerzen“ in MOZ vom 11.06.2008

<sup>75</sup> „Börnicke wehrt sich gegen Freileitung“ in MOZ vom 29.09.2010

<sup>76</sup> ebenda

<sup>77</sup> „Bürgerinitiative ruft zum Protest“ in MOZ vom 24.08.2010

<sup>78</sup> „Leitung sorgt für Bauchschmerzen“ in MOZ vom 11.06.2008

<sup>79</sup> „Börnicke wehrt sich gegen Freileitung“ in MOZ vom 29.09.2010

<sup>80</sup> „Leitung sorgt für Bauchschmerzen“ in MOZ vom 11.06.2008

<sup>81</sup> „Protestveranstaltung ohne Gegner“ in MOZ vom 15.07.2008

<sup>82</sup> „Leitung sorgt für Bauchschmerzen“ in MOZ vom 11.06.2008

<sup>83</sup> „Erhöhtes Krebsrisiko“ in MOZ vom 17.06.2008

<sup>84</sup> „Börnicke wehrt sich gegen Freileitung“ in MOZ vom 29.09.2010

Die Vorhabenträgerin Vattenfall Europe / 50 Hertz wird an verschiedenen Stellen als „Energieriese“<sup>85</sup> bezeichnet, gegen die die Bürgerinitiative nun die Proteste der Region bündelt. Dahinter steckt das Bild des Kampfes von David gegen den übermächtig erscheinenden Goliath. Aus den Äußerungen der Kritiker der Freileitung wird zudem die Angst deutlich, dass wenn man jetzt nicht als „David“ dem „Goliath“ gegenübertritt und den Anfängen wehrt, dass dann den Prinzipien der „Bündelung“ und der „industriellen Vorbelastung“<sup>86</sup> folgend, eine Großtechnologie nach der anderen in der Uckermark angesiedelt wird, sobald die erste Fuß gefasst hat. So befürchten die Einwohner des Ortes Landin: „Wenn die Masten erst stehen, dann bleiben sie auch“<sup>87</sup>. Dies wiederum heißt in den Augen der Betroffenen die unwiederbringliche Zerstörung der hiesigen Natur- und Kulturlandschaft und damit der Heimat der in der Uckermark lebenden Menschen.

Aus der Medienanalyse werden somit zwei Konfliktlinien deutlich, die den Diskurs bestimmen: einerseits der Widerstreit zwischen Großtechnik und unberührter Landschaft und zum anderen der Kampf zwischen David und Goliath. Verschärft wird der Konflikt noch durch die Befürchtung, dass die Uckermark durch die Ansiedlung weiterer Großtechnologie als Lebensraum unwiederbringlich zerstört wird und man deshalb den Anfängen wehren sollte.

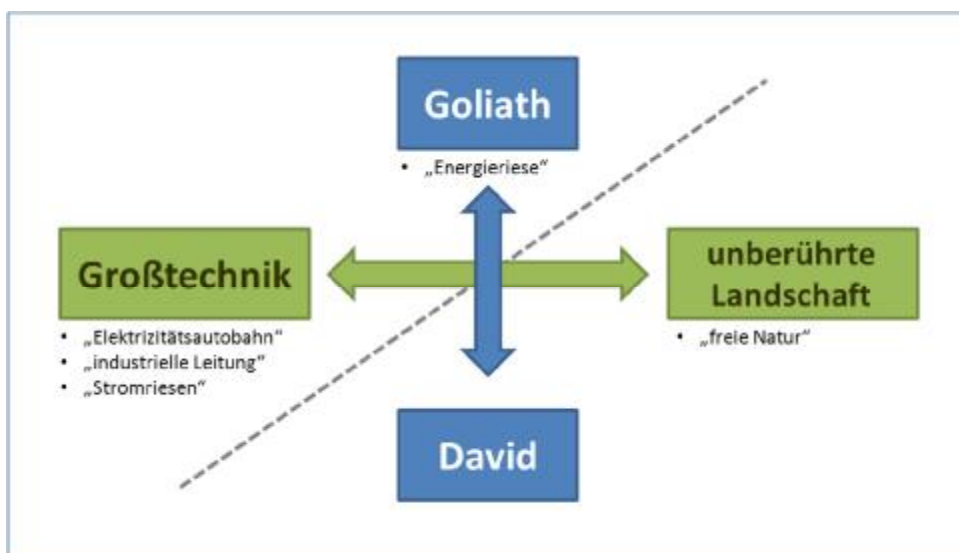


Abb. 3: Generelle Konfliktlinien und Deutungsmuster im Konflikt um die Uckermarkleitung

## 6.2 Blick von der Peripherie

Im Mittelpunkt dieses Abschnitts steht die Wahrnehmung der Uckermarkleitung und der darum entstandenen Protest durch Akteure, die aufgrund ihres Amtes mit den Planungsprozessen zur Uckermarkleitung in Berührung gekommen sind, die aber nicht in den Konflikt verwickelt sein müssen. Befragt wurden elf Amts- und Gemeindevertreter entlang der gesamten geplanten Trasse, von Gramzow im Nordabschnitt der Trasse bis Werneuchen im südlichen Trassenabschnitt. Ziel war es, mehr über die

<sup>85</sup> „Erhöhtes Krebsrisiko“ in MOZ vom 17.06.2008 und „Widerstand gegen Stromleitung“ in MOZ vom 28.06.2008

<sup>86</sup> „Börncke wehrt sich gegen Freileitung“ in MOZ vom 29.09.2010

<sup>87</sup> „Seelsorge statt Schlichtung“ in MOZ vom 11.04.2012

regionale Relevanz und Einschätzung der geplanten Uckermarkleitung sowie der Proteste gegen die Leitung zu erfahren und mögliche regionale Unterschiede in der Wahrnehmung herauszuarbeiten.

### 6.2.1 Relevanz der Uckermarkleitung

*Windkraft als Top-Thema in den Gemeinden*

In der Liste, der aktuell in den Gemeinden wichtigen Themen, spielt die Uckermarkleitung nur eine marginale Rolle. Das beherrschende Thema ist die Ausweisung neuer Flächen für Windkraftanlagen und Photovoltaik. Hier gibt es einerseits großen Flächenbedarf von Seiten der Investoren und zum anderen zunehmende Ablehnung speziell von neuen Windparks in den Gemeinden. Im Ausbau der Windenergie werden auch zukünftig die größten Konfliktfelder für die Region gesehen. Zwar lassen sich durch die Ausweisung von Windparks die Gewerbesteuererinnahmen der Gemeinden erhöhen und Privatpersonen können durch die Verpachtung von Land Geld verdienen, doch die Zahl der Windkraftanlagen „belastet“ zunehmend das Landschaftsbild. Einige Gemeinden setzen sich gezielt für das Repowering bestehender Windkraftanlagen ein, um den Bau neuer Windräder zu begrenzen.

Über die Planungsprozesse zur Uckermarkleitung zeigten sich die Interviewpartner dennoch im Großen und Ganzen informiert. Es wurde aber auch deutlich, dass die Uckermarkleitung nur sehr bedingt in das Aufgabenfeld der Amts- und Gemeindevertreter fällt, so dass sich ihr Engagement, sich einzumischen, in Grenzen hielt.

Der Netzausbau und damit auch der Bau der Uckermarkleitung wurden von den Amts- und Gemeindevertretern für notwendig erachtet. Begründet wurde diese Haltung damit, dass durch den Ausbau Erneuerbarer Energien auch die Netzinfrastruktur ausgebaut werden müsse, um den erzeugten Strom abzutransportieren. Es müsse allerdings noch mehr Aufklärungsarbeit betrieben werden, um in der Öffentlichkeit darzustellen, dass mehr erzeugte Windenergie auch mehr Netzkapazitäten brauche.

### 6.2.2 Einschätzung der Akzeptanz der Uckermarkleitung

*Kein generelles Akzeptanzproblem*

Die befragten Amts- und Gemeindevertreter sehen in ihren Gemeinden kein generelles Akzeptanzproblem für die Uckermarkleitung. Einige Vertreter können nicht einmal sagen, die Bevölkerung in Ihren Gemeinden wäre für oder gegen den Bau der Uckermarkleitung. Die Leitung ist einfach überhaupt kein Thema bei den Leuten, die sich sagen „*Macht doch!*“, wie der Vertreter aus Werneuchen<sup>88</sup> betonte. Eine große Rolle bei dieser unaufgeregten Haltung spielt, dass eine Hochspannungsleitung durch die Uckermark nichts Neues für die ansässige Bevölkerung ist. An fast allen Orten, die in die Befragung einbezogen wurden, laufen bereits 110-kV- oder 220-kV-Leitung entlang, so dass für die Menschen vor Ort gar nicht der Gegensatz zwischen unberührter Landschaft und Großtechnik besteht. Die Landschaft und auch die Wahrnehmung der BürgerInnen sind durch die bestehenden Leitungen bereits vorgeprägt. So meint der Vertreter der Gemeinde Sydower Fließ: „*Alle kennen Grüntal nur mit Leitung.*“<sup>89</sup>. Entsprechend sehen die Amts- und Gemeindevertreter durch die Uckermarkleitung auch keine großen Veränderungen im Landschaftsbild auf ihre Gemeinden zukommen.

---

<sup>88</sup> Vertreter der Gemeinde Werneuchen (2012) Interview geführt am 01.03.2012.

<sup>89</sup> Vertreter der Gemeinde Sydower Fließ (2012) Interview geführt am 19.03.2012.

Mit Ausnahme von Eberswalde wird die Planung der Uckermarkleitung von den Amts- und Gemeindevertretern auch nicht als Konflikt gesehen. Vielmehr wird die Uckermarkleitung als übliches Planungsverfahren gesehen, in dem es natürlich zu Betroffenheiten kommen kann, die dann ausgeräumt werden müssen. In mehreren Gemeinden sind Ortsteile vom Bau der Uckermarkleitung betroffen. Aber auch hier kommt es nicht überall zu Protesten gegen die Leitung. So soll die Uckermarkleitung im Gramzower Ortsteil Meichow fast über die Häuser hinweggehen. Zu einer Informationsveranstaltung kamen aber nur 25 der 300 Einwohner<sup>90</sup>. Im Brandenburgischen Viertel von Eberswalde kam es trotz großer Betroffenheit weder zur Gründung einer Bürgerinitiative, noch zu nennenswerten Protesten und von den 6553 Einwohnern des Viertels erschienen nur 20 zu einer Informationsveranstaltung zur Uckermarkleitung<sup>91</sup>. Im Ortsteil Schönholz der Gemeinde Melchow fand eine Informationsveranstaltung zur Uckermarkleitung hingegen großes Interesse. Hier kamen 60 der 100 Einwohner, um ihrem Unmut kund zu tun<sup>92</sup>.

Von allen befragten Amts- und Gemeindevertretern wurde „Betroffenheit“ als der entscheidende Punkt identifiziert, der dazu führt, dass BürgerInnen aktiv werden, sich informieren und auch protestieren. Selbst in einzelnen Gemeinden reicht die „Solidarität“ mit den Betroffenen oft aber nicht über den Ortsteil hinaus, so dass man schon gar nicht erwarten könne, dass sich eine Gemeinde mit einer anderen, die 10 km entfernt liegt, solidarisiere, so mehrere Gemeindevertreter.

*Betroffenheit als der entscheidende Anlass für Proteste*

### 6.2.3 Relevanz der Proteste der Bürgerinitiative „Biosphäre unter Strom“

Allen Amts- und Gemeindevertretern war bei den Befragungen bekannt, dass es in der „Gegend um Eberswalde“ bzw. „bei der Biosphäre“ eine Bürgerinitiative gibt, die das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin in seiner Einzigartigkeit bewahren will und sich deshalb für die Erdverkabelung der geplanten 380-kV-Leitung einsetzt. Nach Ansicht mehrerer Vertreter findet die Bürgerinitiative in dieser Region große Resonanz. Einzelne gehen davon aus, dass die Mehrheit der dort lebenden Menschen hinter den Zielen der Bürgerinitiative steht. Nach Einschätzung des Gemeindevertreters von Angermünde sind die eine Hälfte der Protestierenden direkt Betroffene und die andere Hälfte Umweltaktivisten<sup>93</sup>.

Die befragten Amts- und Gemeindevertreter hielten die Proteste der Bürgerinitiative gegen eine Freileitung durch das Biosphärenreservat für richtig und wichtig und mehrere Orte unterstützten die Bitte der Bürgerinitiative, finanzielle Mittel zur Erstellung von Gutachten zu den Auswirkungen der Uckermarkleitung bereitzustellen.

*Hoher Bekanntheitsgrad, begrenzter Einfluss*

Die Wahrnehmung der Proteste insgesamt bleibt aber auf die Region um das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin beschränkt. So meint der

---

<sup>90</sup> Vertreter der Gemeinde Gramzow (2012) Interview geführt am 01.03.2012.

<sup>91</sup> Ortsvorsteher Brandenburgisches Viertel in Eberswalde (2011) Interview geführt am 13.12.2011.

<sup>92</sup> Vertreter der Gemeinde Melchow (2012) Interview geführt am 06.03.2012.

<sup>93</sup> Vertreter der Gemeinde Angermünde (2012) Interview geführt am 06.03.2012.

Gemeindevertreter aus Eberswalde salopp: „In Straußberg interessiert das keine Sau!“<sup>94</sup>

Mehrere der befragten Amts- und Gemeindevertreter erwarten, dass die Proteste keine Auswirkungen auf den Bau der Leitung haben werden und allenfalls zu marginalen Veränderungen des Trassenverlaufs führen werden. So äußert sich beispielsweise der Vertreter der Gemeinde Sydower Fließ: „Der Konflikt wird sich genauso lösen, wie es sich der Netzbetreiber bei 95% der Strecke vorstellt“<sup>95</sup>. Der Vertreter der Gemeinde Melchow geht zudem davon aus, dass sich der Protest durch die Hinhaltetaktik des Netzbetreibers von allein im Sande verläuft<sup>96</sup>.

#### 6.2.4 Motive für den Protest

Auf die Frage, welche Motive ihrer Meinung nach hinter den Protesten stehen, antworten die Amts- und Gemeindevertreter, dass hier sowohl Motive zum Tragen kommen, die mit der Uckermarkleitung selbst zu tun haben, als auch Motive, die sich auf den Planungsprozess beziehen. Unter den inhaltlichen Motiven wird die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes am häufigsten als Grund des Engagements gegen die Uckermarkleitung angegeben. Häufig wird die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes in einem Atemzug mit der Beeinträchtigung der Lebensqualität genannt. Erschwerend komme hinzu, dass es „schon derzeit kaum noch eine Möglichkeit für einen Rundumblick gibt, ohne eine Windmühle zu sehen“, wie der Vertreter aus Werneuchen sich ausdrückt<sup>97</sup>. Die Uckermarkleitung wäre da noch eine zusätzliche Beeinträchtigung des „freien Blicks“.

#### Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und der Natur als Protestgründe

Als weitere inhaltliche Protestgründe, die sich auf die Uckermarkleitung beziehen, wird die negativen Auswirkungen der Leitung auf Natur und Umwelt genannt. So erwähnt der Vertreter der Gemeinde Melchow, dass die Bewohner des betroffenen Ortsteil Schönholz nicht verstünden, warum für die Leitung so viel Wald abgeholzt werden müsse<sup>98</sup>. Die größten Probleme sieht man allerdings in der Trassenführung durch das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin. Hier müssten irreparable Schäden an der Natur verhindert werden. Vor allem verstünden die Leute nicht, warum erst etwas unter Schutz gestellt werde, der Schutzstatus auch mit viel Geld unterstützt werde und dann die Leitung „mitten durch gebaut“ würde<sup>99</sup>.

Häufiger werden auch Gesundheitsrisiken als Grund für die Ablehnung der Uckermarkleitung erwähnt. Zugleich wird aber klargestellt, dass eher die Angst vor Gesundheitsrisiken durch elektromagnetische Felder der Hochspannungsleitung das Problem sei. Denn die bislang vorliegenden wissenschaftlichen Ergebnisse sprächen keineswegs eindeutig für die These

---

<sup>94</sup> Ortsvorsteher Brandenburgisches Viertel in Eberswalde (2011) Interview geführt am 13.12.2011.

<sup>95</sup> Vertreter der Gemeinde Sydower Fließ (2012) Interview geführt am 19.03.2012.

<sup>96</sup> Vertreter der Gemeinde Melchow (2012) Interview geführt am 06.03.2012.

<sup>97</sup> Vertreter der Gemeinde Werneuchen (2012) Interview geführt am 01.03.2012.

<sup>98</sup> Vertreter der Gemeinde Melchow (2012) Interview geführt am 06.03.2012.

<sup>99</sup> Vertreter der Gemeinde Sydower Fließ (2012) Interview geführt am 19.03.2012.

von Gesundheitsgefährdungen durch elektromagnetische Felder von Hochspannungsleitungen<sup>100</sup>.

Weiter wird angeführt, dass die Bürgerinnen und Bürger die Notwendigkeit der Leitung an sich in Zweifel ziehen, keinen Nutzen für Ihren Ort sehen, einen Wertverlust für ihre Grundstücke befürchten und negative Auswirkungen auf den Tourismus und die wirtschaftliche Entwicklung der Region erwarten. Die folgende Tabelle zeigt die Motive, die als Grund für die Ablehnung der Uckermarkleitung in der Bevölkerung gesehen werden im Überblick.

**Tab. 6: Inhaltlich begründete Motive, die Amts- und Gemeindevertreter als Ursache für die Ablehnung der Uckermarkleitung in der Bevölkerung sehen**

Inhaltlich begründete Motive
<b>Landschaftsbild und Lebensqualität</b> <ul style="list-style-type: none"><li>• Beeinträchtigung des Landschaftsbildes</li><li>• Einschränkung der Lebensqualität</li><li>• kommt zur „Vorbelastung“ durch Windräder hinzu</li></ul>
<b>Naturschutz</b> <ul style="list-style-type: none"><li>• landschaftlich hochwertiger Bereich des Biosphärenreservates ist bedroht</li><li>• Erhalt der Natur und der Wälder</li></ul>
<b>Gesundheit</b> <ul style="list-style-type: none"><li>• Angst vor gesundheitlichen Risiken</li><li>• Sicherheitsbedenken</li></ul>
<b>Wertverluste und fehlender Nutzen</b> <ul style="list-style-type: none"><li>• Wertverlust von Grundstücken und Immobilien</li><li>• negativ für Tourismus und regionale Entwicklung</li><li>• Flächenverlust für Landwirtschaft</li><li>• fehlender Nutzen</li></ul>
<b>keine Notwendigkeit</b>

Doch es gibt eine zweite Kategorie an Motiven, die nach Ansicht der Amts- und Gemeindevertreter ausschlaggebend für die Proteste sind: Motive, die sich auf die Planungsprozesse zur Uckermarkleitung beziehen. So empfänden die Leute die Planungen als „unfair“. Der Vertreter aus Eberswalde meint:

*„Wenn Menschen das Gefühl haben, dass über ihren Kopf hinweg entschieden wird – und es handelt sich hier um einen Eingriff – dann fördert das erstmal eine Blockadehaltung“<sup>101</sup>.*

Die Menschen hätten den Eindruck, so der Vertreter aus Eberswalde weiter, dass bei der Planung der Uckermarkleitung Profitinteressen über den Interessen der Bevölkerung stünden. Außerdem würde den „Großen“,

*Profitinteressen vor Bürgerinteressen im Planungsprozess*

<sup>100</sup> Vertreter der Gemeinde Werneuchen (2012) Interview geführt am 01.03.2012, Vertreter der Gemeinde Gramzow (2012) Interview geführt am 01.03.2012, Vertreter der Gemeinde Angermünde (2012) Interview geführt am 06.03.2012, Vertreter der Gemeinde Rüdnitz (2012) Interview geführt am 20.03.2012.

<sup>101</sup> Ortsvorsteher Brandenburgisches Viertel in Eberswalde (2011) Interview geführt am 13.12.2011.

unabhängig von Vattenfall Europe / 50 Hertz grundsätzlich misstraut<sup>102</sup>. Der Vertreter aus Melchow erwähnt auch Diskussionen, die auf die Ungerechtigkeit hinweisen, dass in der Uckermark Flächen (und damit Landschaft) zur Verfügung gestellt werden müssten, um Erneuerbare Energien zu produzieren und weiterzuleiten, die aber gar nicht für die Region bestimmt sind<sup>103</sup>.

**Tab. 6: Prozessbedingte Motive, die Amts- und Gemeindevertreter als Ursache für die Ablehnung der Uckermarkleitung in der Bevölkerung sehen**

Prozessbedingte Motive
<b>Unfairer Planungsprozess</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• über die Köpfe der Leute hinweg</li> <li>• Profitinteressen werden über Bürgerinteressen gestellt</li> </ul>
<b>Misstrauen</b>
<b>Unwissen</b>
<b>Nord-Süd-Ungerechtigkeit</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• „Wir produzieren den Strom für die Industriegebiete im Süden“</li> </ul>

*50 Hertz und Bürgerinitiative als Hauptakteure im Konflikt*

### 6.2.5 Wahrnehmung der Akteure im Konflikt

Im Mittelpunkt des Konfliktes werden der Übertragungsnetzbetreiber Vattenfall Europe / 50 Hertz und die Bürgerinitiative „Biosphäre unter Strom“ gesehen. Obwohl 50 Hertz seit 2009 unabhängig von Vattenfall agiert, wird in der Regel nicht zwischen den beiden Unternehmen differenziert und das in der Region bestehende Negativeimage von Vattenfall auf 50 Hertz übertragen. Der Gemeindevertreter aus Eberswalde hat aber zumindest einen Wandel in der Unternehmenskommunikation wahrgenommen: 50 Hertz gibt sich etwas verhandlungsbereiter als Vattenfall und versucht rechtzeitig mit den Menschen zu sprechen<sup>104</sup>.

Die Bürgerinitiative als Gegenpart hat in den letzten Jahren viel geleistet und ist tatsächlich am Naturschutz interessiert<sup>105</sup>. Allerdings kümmert sie sich nach Auffassung des Vertreters aus Gramzow zu sehr um das Biosphärenreservat und zu wenig um die Menschen, die dort leben<sup>106</sup>. Auch dominiert die Bürgerinitiative die Medienberichterstattung. Dadurch wird ein einseitiges Bild vermittelt, so der Vertreter aus Angermünde, und es bestehe die Gefahr, dass die Menschen, die in der Region wohnen, gegen die Uckermarkleitung instrumentalisiert würden<sup>107</sup>.

*Umweltverbände, Landtagsabgeordnete und Ortsvorsteher als Kritiker*

Die Bürgerinitiative wird unterstützt von Umweltverbänden, denen allerdings nur eine marginale Rolle im Konflikt zugesprochen wird. Als weitere Unterstützer werden Landtagsabgeordnete der Parteien Die Linke, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP sowie einzelne Gemeinden in der Region gesehen. Doch

<sup>102</sup> Vertreter der Gemeinde Werneuchen (2012) Interview geführt am 01.03.2012.

<sup>103</sup> Vertreter der Gemeinde Melchow (2012) Interview geführt am 06.03.2012.

<sup>104</sup> Ortsvorsteher Brandenburgisches Viertel in Eberswalde (2011) Interview geführt am 13.12.2011.

<sup>105</sup> ebenda

<sup>106</sup> Vertreter der Gemeinde Gramzow (2012) Interview geführt am 01.03.2012.

<sup>107</sup> Vertreter der Gemeinde Angermünde (2012) Interview geführt am 06.03.2012.

zwischen den Ortsvorstehern der Gemeinden entlang der geplanten Trasse hat es bislang keine übergreifende Vernetzung gegeben. Nur die Ortsvorsteher aus Eberswalde, Finow und Chorin setzen sich aktiv gegen eine Freileitung ein<sup>108</sup>.

Das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe wird nicht als Konfliktpartei gesehen, sondern als Behörde, die die Planungsprozesse zur Uckermarkleitung betreut.

### 6.2.6 Erdverkabelung als die schlechtere Alternative

Die Erdverkabelung wird im Vergleich zur Freileitung von allen Amts- und Gemeindevertretern als die schlechtere Alternative wahrgenommen. Angeführt werden wirtschaftliche, ökologische, technische und soziale Gründe. So wäre allein die Baumaßnahme „*wirtschaftlicher Wahnsinn*“<sup>109</sup> und es wird befürchtet, dass die riesigen Kosten letztlich vom Stromkunden bezahlt werden müssten. Stabile Strompreise hätten für die Menschen in der Region aber große Bedeutung<sup>110</sup>. Auch unter ökologischen Gesichtspunkten wäre die Freileitung zu bevorzugen, da die Schneisen für die Erdverkabelung mindestens genauso groß wären wie für eine Freileitung<sup>111</sup> und gleichzeitig große Eingriffe in unterirdische Systeme vorgenommen werden müssten. „Hier könnten Risiken auf uns zukommen“, so der Vertreter aus Werneuchen, die mit denen der Geothermie vergleichbar wären<sup>112</sup>. Der Vertreter aus Rüdnitz sieht zudem technische Probleme beim Stromtransport. Strom über weite Strecken zu transportieren, funktioniere nur über Freileitungen und nicht über Erdkabel<sup>113</sup>.

Doch auch unter sozialen Gesichtspunkten, hätte man mit der Erdkabelvariante nichts gewonnen. So würden nach dem Motto „*Aus den Augen aus dem Sinn*“ die aktuellen Proteste erst einmal verstummen, jedoch wäre zu befürchten, dass sich die Proteste nur verlagern und Bürgerinitiativen gegen die Erdverkabelung gegründet werden. Denn Betroffene gäbe es weiterhin. Zu diesen würden z.B. die Waldbesitzer und Landwirte gehören, auf deren Flächen die Erdverkabelung durchgeführt wird<sup>114</sup>. In Eberswalde wurde die Planungsvariante Erdverkabelung eingestellt, weil dies bedeutet hätte, dass Gärten und Garagen hätten abgerissen werden müssen. Im Gegensatz zur Freileitung hätte man dann einen wirklichen Konflikt mit den Anwohnern gehabt<sup>115</sup>.

*Erdverkabelung würde  
Proteste nur verschieben*

---

<sup>108</sup> Ortsvorsteher Brandenburgisches Viertel in Eberswalde (2011) Interview geführt am 13.12.2011.

<sup>109</sup> Vertreter der Gemeinde Rüdnitz (2012) Interview geführt am 20.03.2012.

<sup>110</sup> Ortsvorsteher Brandenburgisches Viertel in Eberswalde (2011) Interview geführt am 13.12.2011, Vertreter der Gemeinde Angermünde (2012) Interview geführt am 06.03.2012.

<sup>111</sup> Vertreter der Gemeinde Rüdnitz (2012) Interview geführt am 20.03.2012.

<sup>112</sup> Vertreter der Gemeinde Werneuchen (2012) Interview geführt am 01.03.2012.

<sup>113</sup> Vertreter der Gemeinde Rüdnitz (2012) Interview geführt am 20.03.2012.

<sup>114</sup> Vertreter der Gemeinde Angermünde (2012) Interview geführt am 06.03.2012.

<sup>115</sup> Ortsvorsteher Brandenburgisches Viertel in Eberswalde (2011) Interview geführt am 13.12.2011.

Tab. 7: Von den Amts- und Gemeindevertretern genannte Gründe gegen Erdverkabelung

Gründe gegen Erdverkabelung
<b>Wirtschaftliche Gründe</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• sehr viel teurere Variante</li> <li>• Kosten müsste Stromkunde tragen</li> </ul>
<b>Ökologische Gründe</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• oberirdische Schneisen notwendig</li> <li>• neue Risiken durch Eingriff in unterirdische Systeme</li> </ul>
<b>Technische Gründe</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stromtransport über große Entfernungen mit Erdkabel nicht möglich</li> </ul>
<b>Soziale Gründe</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• höhere Strompreise für Region problematisch</li> <li>• Proteste würden sich verlagern, da neue Betroffenheiten</li> </ul>

*Landschaftsbild, Gesundheit, Lebensqualität lassen sich nicht kompensieren*

### 6.2.7 Kompensation und Kommunikation

In den Interviews mit den Amts- und Gemeindevertretern wurden verschiedene Wege aufgezeigt, wie der Konflikt gelöst werden könnte. Immer wieder wurde angesprochen, dass die Gemeinden finanziell nichts vom Netzausbau haben<sup>116</sup>. Bei der Ausweisung von Windparks hingegen profitieren sowohl Privatpersonen als Verpächter als auch die Gemeinden über die Gewerbesteuer. Eine generelle Kompensationsregelung wird kritisch gesehen, da man nur materielle Verluste kompensieren können, nicht jedoch Landschaftsbild, Gesundheit und Lebensqualität<sup>117</sup>. Für den Vertreter aus Angermünde wäre Kompensation sogar eine Art „Gruppenbestechlichkeit“ und fährt fort:

*„Ein Weg, der führt in die Irre, wenn man das kultiviert, heißt das, dass alles käuflich ist. Gerade der Landschaftsraum und die Natur, das sind Sachen, die sind nicht käuflich.“<sup>118</sup>*

Doch auch hier gibt es Ausnahmen. Gerade bei den Einwendungen aus den Reihen der betroffenen Landwirte lässt sich durchaus erkennen, dass sich der Protest durch finanzielle Kompensation abschwächen ließe. So wird manchen Gegnern des Vorhabens sogar vorgeworfen, sich nur zu engagieren, damit die Kompensation anschließend dementsprechend hoch ausfällt.

Eine andere Form der Kompensation, sind die gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen. Diese Form der Kompensation hat für die befragten Personen allerdings keine große Bedeutung.<sup>119</sup>

*Frühzeitige Kommunikation und Mediation gewünscht*

Andere Vorschläge betreffen die Kommunikation zwischen den Akteuren vor Ort. So bedürfe es aktiver Kommunikation bereits im Vorfeld von Projekten wie

<sup>116</sup> Vertreter der Gemeinde Sydower Fließ (2012) Interview geführt am 19.03.2012.

<sup>117</sup> Vertreter der Gemeinde Werneuchen (2012) Interview geführt am 01.03.2012.

<sup>118</sup> Vertreter der Gemeinde Angermünde (2012) Interview geführt am 06.03.2012.

<sup>119</sup> Vertreter der Gemeinde Rüdnitz (2012) Interview geführt am 20.03.2012.

der Uckermarkleitung<sup>120</sup>. Hier sollte der Übertragungsnetzbetreiber die ersten Schritte tun<sup>121</sup>. Es wird darauf verwiesen, dass die Windenergiefirmen in puncto Kommunikation deutlich fortschrittlicher sind, da sie gleich mit Mediatoren „ins Feld“ gehen<sup>122</sup>.

### 6.2.8 Deutungsmuster in den Diskussionen zur Uckermarkleitung

Die Vorhabenträgerin Vattenfall Europe / 50 Hertz wird als Akteur mit großem Einfluss in der Region gesehen. Von niemandem wird angezweifelt, dass es zum Bau der Uckermarkleitung kommen wird. Es wird nicht einmal daran gezweifelt, dass die Uckermarkleitung genau in der Weise gebaut wird wie Vattenfall Europe / 50 Hertz es sich vorstellt. So meint der Vertreter der Gemeinde Sydower Fließ: *„kein Protest der Welt wird den Stromweg verändern.“*<sup>123</sup> Wiederum schwingt das Bild des „Goliath“ mit, der die Region beherrscht.

Doch unter den befragten Amts- und Gemeindevertretern scheint niemand Willens zu sein, die Rolle des „David“ zu übernehmen, der sich gegen den Goliath auflehnt. Mehrere Vertreter äußern sich dahingehend, dass die Stimme der Gemeinden *„zu schwach“*<sup>124</sup> sei, um wirklich etwas zu bewirken. Stattdessen wird in den Interviews ein Bild des optimalen Energieversorgers gezeichnet, den man sich für die Region wünscht. So wäre es für die Akzeptanz förderlich, wenn der Netzbetrieb in städtischer Hand<sup>125</sup> oder in der Hand von mittelständischen Unternehmen läge, die selbst Erneuerbare Energien erzeugen<sup>126</sup>.

*Niemand will der „David“ sein*

## 6.3 Der Kern des Konflikts

Nachdem die Medienanalyse dabei geholfen hat, die grundsätzlichen Deutungsmuster im Konflikt zu verstehen, konnte mithilfe der Befragung der Amts- und Gemeindevertreter der Konflikt in seiner räumlichen Dimension erfasst werden. Im folgenden Kapitel sollen die direkt in den Konflikt involvierten Akteure zu Wort kommen. Ziel ist es, mehr über die Streitpunkte zu erfahren. Nacheinander werden die Positionen des Vorhabenträgers 50 Hertz, der Bürgerinitiative „Biosphäre unter Strom“, der Naturschutzverbände und des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe dargestellt.

### 6.3.1 Der Vorhabenträger

Der Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz ist Vorhabenträger der Uckermarkleitung. Die Planungen der Leitung reichen bis 2005 zurück. Nach Unternehmensangaben ist die Uckermarkleitung von nationaler Bedeutung, um im Rahmen der Energiewende Erneuerbare Energien ans Stromnetz anzuschließen und zur Versorgungssicherheit in Deutschland beizutragen. Die

---

<sup>120</sup> Ortsvorsteher Brandenburgisches Viertel in Eberswalde (2011) Interview geführt am 13.12.2011.

<sup>121</sup> Vertreter der Gemeinde Gramzow (2012) Interview geführt am 01.03.2012.

<sup>122</sup> Vertreter der Gemeinde Sydower Fließ (2012) Interview geführt am 19.03.2012.

<sup>123</sup> ebenda

<sup>124</sup> Vertreter der Gemeinde Melchow (2012) Interview geführt am 06.03.2012.

<sup>125</sup> Vertreter der Gemeinde Angermünde (2012) Interview geführt am 06.03.2012.

<sup>126</sup> Ortsvorsteher Brandenburgisches Viertel in Eberswalde (2011) Interview geführt am 13.12.2011.

Uckermarkleitung hat ebenfalls Bedeutung zur Umsetzung des Verbundplans transeuropäischer Energienetze. Das Raumordnungsverfahren wurde im Dezember 2007 abgeschlossen. Der Abschluss des Planfeststellungsverfahrens steht noch aus. Aktuell liegt eine Trassenänderung der Uckermarkleitung im Bereich Eberswalde zur Einsichtnahme aus<sup>127</sup>.

*Meinung Einzelner nicht mit  
Bevölkerungsmeinung  
verwechseln*

Seit 2008 sieht sich 50 Hertz mit Protesten und Widerstand in der Bevölkerung vor allem zwischen Angermünde und Eberswalde konfrontiert. In Eberswalde liegt durch die Trassenführung entlang des Brandenburgischen Viertels eine gewisse Betroffenheit vor. Hier ist auch die Erdkabeldiskussion vergleichsweise stark. In Angermünde befindet sich das Besucherzentrum des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin. Hier gibt es Sorgen vor negativen Implikationen für den Tourismus. Die Proteste werden von einer gut organisierten Bürgerinitiative gebündelt, in den Kommunen wird über die Leitung diskutiert, das Thema hat einen gewissen Bekanntheitsgrad und in den Medien wird kontinuierlich darüber berichtet. Unter den aktiven Kritikern gibt es, so 50 Hertz, durchaus Personen, die aus altruistischen Beweggründen heraus handeln, um öffentliche Güter zu schützen. Anderen gehe es wiederum um private Interessen, weil sie eine Wertminderung ihres Grundstücks befürchten. Man müsse jedoch aufpassen, so 50 Hertz, die Meinung der wenigen aktiven Personen mit der allgemeinen Bevölkerungsmeinung in der Region zu verwechseln. Es gibt einzelne Personen, die in den Medien „überbetont“ werden.

*Schutz der Biosphäre und des  
Landschaftsbilds als wichtigste  
Protestgründe*

Als Hauptbeweggründe sich gegen die Uckermarkleitung zu engagieren sieht 50 Hertz:

- Natur- und Vogelschutz: Dieser ist insbesondere für die Biosphärenregion von großer Bedeutung. Allerdings tangiert die geplante Leitung die Biosphäre auf erheblich weniger Kilometern als die bereits existierende 220-kV-Leitung und führt zudem nur durch die Schutzzone 1 des Biosphärenreservats.
- Tourismus und Landschaftsbild: Die Region setzt aus Mangel von Alternativen stark auf Tourismus und befürchtet negative Auswirkungen.
- Private Interessen: Hier gibt es vor allem die Sorge, dass eine etablierte Regionalmarke leide, da die Weidegründe durch die Höchstspannungsleitung zum Teil überspannt werden.
- Wertminderung: Insbesondere die Wertminderung von Grundstücken wird befürchtet.
- Gesundheit: Sorge vor gesundheitlicher Beeinträchtigung durch elektromagnetische Strahlung.

*Erdverkabelung keine  
Alternative*

Die Erdverkabelung der 380-kV-Leitung ist für 50 Hertz keine Alternative, da sie einen enormen Eingriff in den Bodenhaushalt bedeuten würde. Die Menschen glauben zwar an den Spruch „Aus den Augen aus dem Sinn“, doch im Falle der Erdverkabelung einer 380-kV-Leitung müssten unterirdische Bauwerke errichtet werden, in denen 20 bis 25 Kabel nebeneinander liegen. Eine 30-35 m

---

<sup>127</sup> <http://www.50hertz.com/de/1601.htm> (abgerufen am 23.06.2012)

breite, oberirdisch sichtbare Trasse, alle 800m Muffenbauwerke sowie Zufahrtswege wären erforderlich. Die Erdverkabelung würde deutlich teurer ausfallen und ist auf 380-kV-Ebene technisch noch nicht ausgereift. Außerdem könne 50 Hertz nicht einfach erdverkabeln, da eine Freileitung beantragt wurde.

Bezogen auf die Planungs- und Kommunikationsprozesse mag 50 Hertz nicht ausschließen, dass in der Anfangsphase der Planung von Vattenfall Europe Transmission Fehler in der Kommunikation gemacht wurden. Daraus habe man gelernt und bemühe sich deshalb frühzeitig auf die Bürger zuzugehen. Im Falle der Uckermarkleitung versuche man durch Pressearbeit, Veranstaltungsbesuche, Gespräche mit Bürgermeistern, Amtsvorstehern und Bürgern, Trassenbefahrungen etc. den Konflikt zu versachlichen.

*Offene, aktive Kommunikation bevorzugt*

### 6.3.2 Die unmittelbaren Kritiker

Die Bürgerinitiative „Biosphäre unter Strom - keine Freileitung durchs Reservat“ ist seit 2008 aktiv und versucht, die von der 50 Hertz Transmission GmbH geplante 380-kV-Freileitung von Bertikow nach Neuenhagen in der beabsichtigten Form als „Freilandleitung“ verhindern. Sie versteht sich als Gegengewicht zu Behörden und Netzbetreiber, will den Netzausbau aber nicht grundsätzlich blockieren. Um ihr Ziel zu verwirklichen klärt sie über die Risiken auf, die von der geplanten 380-kV-Freileitung für Mensch und Natur ausgehen, entwickelt Alternativen, mobilisiert politische Unterstützung für ihre Forderung auf der kommunal-, landes- und bundespolitischen Ebene und sorgt für Transparenz der Planungsprozesse und Entscheidungen, so in ihrer Selbstdarstellung<sup>128</sup>. Gegen die Freileitung hat die Bürgerinitiative zwar 2000 Unterschriften gesammelt, doch sie gesteht zugleich ein, dass es in der Uckermark schwierig sei, Leute zu mobilisieren.

Wichtigste Beweggründe, die genannt wurden, warum sich Menschen in der Region gegen den Bau der Freileitung engagieren, sind:

- Unmittelbare Betroffenheit: Wer ein Haus an der Stromtrasse hat, muss mit höheren Versicherungsprämien rechnen und zudem ist die freie Sicht auf Landschaft durch die Leitung verstellt.
- Naherholung: Viele Berliner, die in der Region Erholung suchen, führen sich beeinträchtigt.
- Landschaftsbild: Der freie Blick auf die schöne Landschaft wird verstellt und das Ortsbild technisch überfremdet.
- Vogelschutz: Die Biosphäre ist eines der hochwertigsten Vogelschutzgebiete. Verluste bis zu 400 Vögel pro km im Jahr wären durch die Freileitung zu erwarten.
- Wirtschaftliche Faktoren: Tourismus und verschiedene Regionalmarken würden durch die Freileitung beeinträchtigt. Auch werden Auswirkungen auf den Wert der Immobilien erwartet.
- Gesundheitsaspekt: Die 380-kV-Freileitung bringe ein großes gesundheitliches Gefährdungspotential mit sich.

*Wertminderung und Beeinträchtigung des Landschaftsbildes als Gründe für Engagement*

---

<sup>128</sup> <http://www.trassenfrei.de/epassion/index.php/Startseite.html> (abgerufen am 23.06.2012)

Durch Erdverkabelung würden viele Beeinträchtigungen wegfallen

Großes Kräfteungleichgewicht in der Region

Aus diesen Gründen wird für das Biosphärenreservat und für Abschnitte, an denen die Trasse Wohnbebauung tangiert, die Erdverkabelung der 380-kV-Leitung gefordert. So würden die negativen Auswirkungen auf Tourismus, Gesundheit und Tierwelt wegfallen.

Immer wieder wird von den Vertretern der Bürgerinitiative das Ungleichgewicht der Kräfte in der Region betont. Diese Wahrnehmung lässt sich exemplarisch an der mit der Vertreterin des Vereins „Zubila“, die ebenfalls in der Bürgerinitiative aktiv ist, durchgeführten Kraftfeldanalyse veranschaulichen.



Abb. 6: Ergebnis der Kraftfeldanalyse im Rahmen des Interviews mit Vertreterin des Vereins „Zubila“

Politik, Übertragungsnetzbetreiber und Genehmigungsbehörden werden als Akteure gesehen, die dem Vorhaben positiv gegenüber stehen und zugleich über sehr viel Einfluss verfügen. Hingegen werden Umweltsverbände und die Bürgerinitiative als Kritiker des Vorhabens mit wenig Einfluss gesehen. Die hat ein Klima des Misstrauens befördert, dass sich z.B. darin ausdrückt, dass das Gefühl vorherrscht, das Raumordnungsverfahren sei „hinter dem Rücken“ der BürgerInnen durchgeführt worden.

In den Gemeinde- und Ortsvorstehern werden hingegen wichtige Verbündete gesehen. Sie ermöglichen nicht nur den Zugang zu den Bürgern, sondern elf Ortsvorsteher haben sich auch über Aktion „Ortsvorsteher melden sich zu Wort“ am Protest beteiligt.

### 6.3.3 Die Protestunterstützer

Zu den wichtigsten Unterstützern der Bürgerinitiative in der Uckermark-Region zählen die Umwelt- und Naturschutzverbände. Anders als bei den anderen Akteuren gelang es nicht, einen Interviewpartner aus dieser Akteursgruppe zu gewinnen. Da sie jedoch immer wieder als Akteure im Konflikt benannt wurden, soll mit Hilfe einer Inhaltsanalyse der Stellungnahme der anerkannten

Naturschutzverbände in Brandenburg gegen die Uckermarkleitung<sup>129</sup> ihre Position herausgearbeitet werden. In ihrer Stellungnahme lehnen die Naturschutzverbände nicht den Netzausbau insgesamt ab, üben aber deutliche Kritik am Umfang des geplanten Neubaus von Leitungen. Insbesondere fordern sie ein Vorgehen nach dem Grundsatz: Optimierung vor Verstärkung vor Neubau.

Nach Ansicht der anerkannten Naturschutzverbände würde der Bau der Freileitung erhebliche Eingriffe in Natur und Landschaft mit sich bringen. Insbesondere würde der Bau Landschaftsräume zerschneiden und so

- zur Abwertung des Landschaftsbildes,
- zur Abwertung der faunistischen Lebensräume und
- zur Beeinträchtigung der Lebensqualität der ansässigen Bevölkerung führen.

Weiterhin käme es durch den Bau der Uckermarkleitung zu einer Beeinträchtigung von Schutzgebieten internationalen Ranges. Dies würde

- eine gesamtökologische Entwertung großer Waldgebiete und
- eine Verschlechterung des Lebensraumes von Großvögeln wie Gans, Kranich und Adler mit sich bringen.

Der Bau hätte negative Auswirkungen auf den Tourismus in der Region. Aus diesen Gründen setzen sich die anerkannten Naturschutzverbände für die Erdverkabelung der Leitung sowie eine weiträumige Umtrassung der Schutzgebiete ein.

Aber auch die Planungsprozesse zur Uckermarkleitung werden von Seiten der Naturschutzverbände kritisiert. So sei keine wirkliche Trassenalternative geprüft worden und es sei auch nicht ersichtlich, dass der Vorhabenträger die Optimierungspotenziale der bestehenden Leitungen ausgeschöpft hätte. Auch hätten die Verbände Zweifel, ob der Leitungsneubau tatsächlich zum Anschluss Erneuerbarer Energien erfolge.

#### 6.3.4 Die Planungsverantwortlichen

Seit 2005 sind Energieleitungen ab einem Spannungslevel von 110 kV planfeststellungspflichtig. Das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe ist die für die Planfeststellung zuständige Behörde. Das Amt muss private und öffentliche Interessen gegeneinander abwägen und auf Rechtsgrundlage entscheiden, ob Antrag genehmigungsfähig ist. Andere Behörden arbeiten aus ihrem Fachbereich zu und geben Fachstellungen ab.

Die innerhalb des Planfeststellungsverfahrens eingegangenen 1250 Einwendungen gegen die Uckermarkleitung sind im Vergleich zu anderen Energieleitungen relativ viel. Nichtsdestotrotz habe das Amt keinen Entscheidungsspielraum: entweder wird Trasse so wie sie jetzt vorgelegt wurde planfestgestellt oder nicht. Wenn eine ganz neue Trasse gefunden werden sollte, müsste der Antrag abgelehnt und das Verfahren von neuem begonnen werden.

*Erhebliche Eingriffe in Natur und Landschaft*

*negative Auswirkungen auf Tourismus*

*Misstrauen und Kritik an Planungsprozessen*

*Amt ohne Entscheidungsspielraum*

---

<sup>129</sup> Stellungnahme der anerkannten Naturschutzverbände in Brandenburg gegen die 380-kV-Freileitung Bertikow-Neuenhagen (Uckermarkleitung) vom 26.09.2010

*Beeinträchtigungen zum Teil nur gefühlt und vermutet*

Die Kritikpunkte der Menschen in der Region betreffen vor allem:

- Landschaftsbild
- Befürchtung gesundheitlicher Beeinträchtigung durch das elektromagnetische Feld
- Beeinträchtigung des Tourismus
- Beeinträchtigung der Wirtschaft
- Beeinträchtigung des Naturraumes
- Inanspruchnahme von Grundstücken (bei Betroffenheit)
- Anzweiflung des Bedarfs der Leitung

Dabei sei zu berücksichtigen, dass die Beeinträchtigung in mehreren Bereichen nur eine gefühlte Beeinträchtigung sei. So werden z.B. die elektromagnetischen Grenzwerte auch heute nicht überschritten und die Beeinträchtigung des Tourismus sei lediglich eine Vermutung.

*Auch bei Erdverkabelung sind Leute betroffen*

Durch die von der Bürgerinitiative vorgeschlagene Erdverkabelung würde die Störung des Landschaftsbildes stark gemindert, obwohl eine Schneise bliebe, die gefühlte gesundheitliche Beeinträchtigung wäre geringer, würde jedoch auch nicht ganz wegfallen, das Thema Vogelschutz würde wegfallen und die Beeinträchtigung des Tourismus und der regionalen Wirtschaft würde geringer ausfallen. Es bliebe die Problematik, dass auch von der Erdverkabelung Grundstücke betroffen wären. Die Erdverkabelung sei zudem heute noch nicht Stand der Technik und sehr teuer.

## 7 Fazit

Abschließend sollen eine übergreifende Einschätzung des Konflikts um die Uckermarkleitung vorgenommen und Schlussfolgerungen für das künftige Vorgehen in ähnlich gelagerten Konfliktfeldern gezogen werden. In die übergreifende Analyse gehen die Ergebnisse aus der Medienanalyse, der Befragung der Amts- und Gemeindevertreter und der Befragung der direkt in den Konflikt involvierten Akteure ein. Es wird eine räumliche Eingrenzung des Konflikts vorgenommen, die Kerninhalte des Konflikts werden bestimmt, es wird versucht, die Akteurskonstellationen im Konflikt nachzuzeichnen, und es werden die metaphorischen Deutungsmuster im Konflikt beschrieben.

### 7.1 Räumliche Dimension des Konflikts

Durch die starke Konzentration der regionalen Presse auf die Argumentation der Bürgerinitiative und den Konflikt um die Uckermarkleitung, bekommt das Thema eine viel größere Bedeutung als es tatsächlich hat. Folgt man allein der Mediendarstellung, entsteht der Eindruck, dass der Konflikt räumlich die ganze Uckermark und breite Teile der Bevölkerung erreicht hat sowie von vielen weiteren Akteuren unterstützt wird. Dieses Bild muss nach den Interviews mit den Amts- und Gemeindevertretern revidiert werden.

Übereinstimmend wird der Konflikt als Problem der Region rund um das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin gesehen. In dieser Region verläuft die geplante 380-kV-Leitung durch ein Schutzgebiet von internationalem Rang und zudem sehr nah an Wohnbebauung entlang. Hier stechen die Orte Senftenhütte und Schmargendorf hervor, die im Verhältnis zu der Einwohnerzahl eine sehr hohe Prozentzahl an Einwendungen gegen die Uckermarkleitung aufweisen und aus denen auch die Hauptinitiatoren der Bürgerinitiative kommen. In diesen und anderen Dörfern der Biosphärenregion finden die Aktivitäten der Bürgerinitiative Resonanz in der Mehrheit der Bevölkerung. Doch bereits in Eberswalde interessieren sich nur noch wenige Anwohner für die Aktivitäten der Bürgerinitiative.

Sowohl im nördlichen als auch im südlichen Abschnitt der geplanten Trasse spielt die Uckermarkleitung nur eine marginale Rolle in der Tagespolitik. Im südlichen Teil der geplanten Uckermarkleitung verläuft die Trasse entlang von Gemeinden, die bereits durch Hoch- und Höchstspannungsnetze bebaut sind und auch durch Windkraftanlagen stark vorgeprägt sind. Im nördlichen Teil der geplanten Freileitung finden sich nur in einzelnen Ortsteilen Proteste, wo die Freileitung in einer für die Bevölkerung sichtbaren Entfernung entlang führen soll. Ansonsten finden die Planungsprozesse hier aufgrund der geringen Besiedlungsdichte weniger Resonanz.

Ein Grund für die Begrenzung der Resonanz der Bürgerinitiative dürfte im selbst gewählten Namen „Biosphäre unter Strom“ liegen. So war das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin Ausgangspunkt des Engagements der Bürgerinitiative. Doch ist die Argumentation der Bürgerinitiative im Konfliktverlauf viel komplexer und ihr Ansatz viel umfänglicher geworden. Neben dem Biosphärenreservat geht es v.a. um Vogelschutz, Gesundheitsschutz, Bewahrung des Landschaftsbildes, um den Umgang mit Bürgern und das Hinterfragen des Bedarfs an neuen Höchstspannungsleitungen. Möglicherweise hat aber gerade der gewählte

*Ausmaß des Konflikts wird in den Medien stark übertrieben*

*Tatsächlich lässt sich der Konflikt auf die Biosphärenregion begrenzen*

*„Biosphäre unter Strom“ verbindet und begrenzt*

Name der Bürgerinitiative dazu beigetragen, dass der Konflikt im Außenraum v.a. als ein Problem der Biosphärenregion wahrgenommen wird, der dort wichtig und identitätsstiftend ist, aber nichts mit den entfernteren Regionen zu tun hat.

## 7.2 Inhaltliche Dimension des Konflikts

Die Einschätzung der Uckermarkleitung unterscheidet sich stark, je nachdem, mit welcher Konfliktpartei gesprochen wird. So besteht ein Interessenskonflikt zwischen den von der Freileitung direkt betroffenen Personen und dem Übertragungsnetzbetreiber. Während die Betroffenen Interesse an einer intakten Landschaft haben, die auch den gewohnten freien Blick darüber einschließt, ist der Übertragungsnetzbetreiber an einem möglichst kostengünstigen Bau der Leitung interessiert.

*Gesundheitsgefährdung durch Freileitung wissenschaftlich umstritten*

Hinzu kommen Wahrnehmungsunterschiede, was die Risiken von Freileitungen und ihrer technologischen Alternativen betrifft. So besteht keine Einigkeit über die Gefährdung der menschlichen Gesundheit, die von der Freileitung ausgeht. Dieses Thema ist insbesondere der wissenschaftlichen Informationslage geschuldet. So gibt es epidemiologische Untersuchungen, die eine Häufung von Leukämie-Erkrankungen bei Kindern zeigen, die in der Nähe von Hoch- und Höchstspannungsleitungen wohnen. Allerdings lassen sich bei diesen Untersuchungen keine Kausalzusammenhänge herstellen<sup>130</sup>. Nichtsdestotrotz rufen die Untersuchungen vor allem bei Eltern eine unbestimmte Angst hervor, die sie auch deutlich zum Ausdruck bringen<sup>131</sup>.

Dieses befürchtete Risiko wiegt umso schwerer, da es sich instrumentalisieren lässt. So veranstaltete die Bürgerinitiative eine Veranstaltung, wo sie mit Leuchtstoffröhren unter eine Freileitung ging und die Leuchtstoffröhren zu leuchten anfangen. Damit wollten sie die Gefährlichkeit von Freileitungen illustrieren. Für diesen Effekt ist allerdings das elektrische Feld verantwortlich und nicht das elektromagnetische Feld. Doch diese Veranstaltung hat ihre von der Bürgerinitiative geplante Wirkung nicht verfehlt und führte zu einer deutlich verstärkten Verunsicherung der Bevölkerung.

*Großvögel in der Risikodiskussion*

Unterschiedliche Wahrnehmungen gibt es auch bei der Frage über den tatsächlichen Verlust von Vögeln durch Leitungsanflug. Die Bürgerinitiative und die Naturschutzverbände sehen insbesondere für Großvögel wie Adler, Gänse und Kraniche erhebliche Risiken durch Elektroleitungen. So zeigen Untersuchungen, dass Ausweichmanöver häufig misslingen und Vögel an den Elektroseilen verunglücken. 50 Hertz betont hingegen, dass Verletzungen oder tödliche Unfälle von Vögeln durch Stromschlag, wie sie bei Freileitungen geringerer Spannungsebenen bis 110 kV aufgetreten sind bei Höchstspannungsfreileitungen nicht ereignen können. Die verwendeten Bündelleiter können Vögel besser erkennen und durch den großen Isolationsabstand können Vögel auch keine Stromschläge erleiden. Beide Seiten können ihre Haltung mit Fachgutachten belegen.

*Erdverkabelung – großes oder kleines Übel?*

Ebenso bestehen sich überschneidende Interessens- und Wissenskonflikte hinsichtlich der zentralen Forderung der Erdverkabelung. Da es sich um eine relativ neue Technologie handelt, die in Deutschland auf der 380-kV-Ebene

---

<sup>130</sup> Kaatsch, P. (2004): Hochspannungsleitung und Leukämie bei Kindern.

<sup>131</sup> So z.B. auf der Informationsveranstaltung in der Blumberger Mühle am 13.03.2012.

bisher nur durch die im EnLAG vorgesehenen Pilotprojekten erprobt wird, kursieren sehr unterschiedliche Zahlen, was die Mehrkosten und die Störanfälligkeit dieser Leitungen betrifft, die je nach Interessenlage unterschiedlich verwendet werden. Wenn auch nicht alle Risiken wegfallen, so sieht die Bürgerinitiative in der Erdverkabelung der 380-kV-Leitung doch das „kleinere Übel“. Doch aus Sicht des Übertragungsnetzbetreibers 50 Hertz bedeutet Erdverkabelung einen enormen Eingriff in den Naturhaushalt, der von den Freileitungsgegnern stark unterschätzt werde. Diese Sichtweise wird von den Amts- und Gemeindevertretern mitgetragen. Zudem befürchten sie, dass die Proteste gegen die Leitung nicht verstummen würden, sondern sich nur auf andere Betroffenenengruppen verlagern würden.

Ein weiterer Aspekt im Konflikt ist der mögliche Werteverlust von Grundstücken und Immobilien. Da der Bau der Freileitung den Wert der betroffenen Gebäude herabsetzen könnte, verwundert es nicht, dass sich in den Reihen der Menschen, die sich gegen den Bau aussprechen, viele Haus- und Flächeneigentümer finden. Landwirte spielen beim Protest ebenfalls eine Rolle. Gerade im nördlichen Teil der Leitung würden zahlreiche Landwirtschaftsflächen für den Netzausbau in Anspruch genommen werden. Der Übertragungsnetzbetreiber betont jedoch, dass es sich bei dem Werteverlust-Argument nur um Befürchtungen handelt, die so nicht eintreten müssen und in vergleichbaren Fällen auch nicht eingetreten sind.

Generelle finanzielle Kompensationen wie sie von 50 Hertz in das NABEG eingebracht wurden, werden jedoch von Seiten der Bürgerinitiative wie auch der Amts- und Gemeindevertreter abgelehnt. Beeinträchtigungen des gewohnten Landschaftsbilds, der Lebensqualität oder der Gesundheit lassen sich nicht kompensieren, so die einhellige Meinung.

Ein nicht zu unterschätzender Faktor des Protests ist der nicht erkennbare Nutzen des Projektes, sowohl auf individueller als auch auf kollektiver Ebene. Zwar wird der Netzausbau von allen Akteuren der Region als sinnvoll und notwendig bezeichnet, doch über den Umfang des notwendigen Ausbaus gibt es unterschiedliche Ansichten. Interessanterweise sind die Stimmen, die einen Nachweis der wirtschaftlichen Notwendigkeit des Baus der Uckermarkleitung fordern nicht häufig. Wahrscheinlich deshalb, weil sich die Bürgerinitiativen, aber auch die Umweltverbände nicht grundsätzlich gegen den Netzausbau stellen, sondern nur gegen das „WIE“. Gerade die viel zitierte DENA II Studie böte viel Raum für Kritik, aus der sich Zweifel an der wirtschaftlichen Notwendigkeit der Uckermarkleitung ableiten ließen. Doch diese Zweifel, die bei anderen Planungsvorhaben deutlich kommuniziert werden, finden sich beim Protest der Uckermarkleitung nicht. Stattdessen wird immer wieder die Prüfung eines Alternativstandortes angesprochen und gefragt, wieso in das Raumordnungsverfahren nicht Alternativen einbezogen wurden, die eine weiträumige Umgehung des Biosphärenreservats zum Inhalt haben.

### 7.3 Prozessdimension des Konflikts

Unabhängig von den inhaltlichen Streitpunkten wird immer wieder die Unzufriedenheit mit dem Planungsprozess und mit der Kommunikation seitens des Vorhabenträgers und den Behörden geäußert. So wird insbesondere gefordert, die Planungsprozesse transparenter zu gestalten. Darunter fällt, dass erwartet wird, dass Vorhabenträger und Behörden aktiver auf die

*Wertverluste nur befürchtet?*

*Fehlender Nutzen und unberücksichtigte Alternativen*

*Transparentere Gestaltung der Planungsprozesse gefordert*

Bürgerinnen und Bürger zugehen und sich nicht hinter der Formel verstecken, man halte sich nur an die gesetzlichen Vorgaben.

Dazu gehört aber auch, dass die Planungsgrundlagen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Region offengelegt werden. Nicht nur bei der 380-kV-Leitung, sondern auch bei anderen Bauvorhaben in der Region, wurde hinsichtlich der Transparenz gerade am Anfang des Prozesses einiges versäumt, so dass die BürgerInnen ein „generelles Misstrauen“ gegenüber den Planungsverantwortlichen hegen. Ein positives Signal ist, dass die detaillierten Pläne in digitaler Form nicht durch die Auslegungsbehörden zur Verfügung gestellt wurden, sondern schlussendlich von der Vorhabenträgerin 50 Hertz.

*Stärker am Bürger orientierte  
Politik*

Interessant ist, dass selbst die Akteure der Bürgerinitiative nicht unbedingt eine stärkere Mitsprache und mehr Entscheidungsmöglichkeiten fordern, sondern eine stärker am Bürger orientierte Politik. Hier braucht man Instrumente für die Entscheidungsträger, damit sie die „Stimme des Volkes“ besser vernehmen und gewichten können. Und genau hier bedarf es einer größeren Mitsprache und auch mehr Entscheidungsmöglichkeiten für die BürgerInnen. Denn nur so können sie enger in den Planungsprozess eingebunden werden. Für die Vertreter aus Politik und Verwaltung würde das eine verlässlichere Legitimationsgrundlage für Entscheidungen bedeuten.

Eine weitere Forderung seitens der Gegner des Projektes betrifft den Umgang mit gesetzlichen Mindestanforderungen. Gerade bezüglich der Mindestabstände und der zulässigen Werte bei der elektromagnetischen Strahlung werden klare Richtlinien gefordert. So wird häufig das Argument vorgebracht, dass verschiedene Nachbarländer Deutschlands bis zu hundertfach niedrigere Grenzwerte haben.

*Verbesserung der  
Kommunikation zwischen  
Planungsverantwortlichen und  
Bürgern*

Weiterhin wird es für wichtig erachtet, die Kommunikation zu verbessern. Dies sei ein unausweichlicher Bestandteil zur Lösung des Konfliktes. Allerdings befindet sich der Konflikt um die Uckermarkleitung schon in einem fortgeschrittenen Stadium, die Fronten sind verhärtet und beide Seiten sind bereit, ihre Forderungen im schlimmsten Fall gerichtlich durchzusetzen. Verantwortlich dafür sind Kommunikationsfehler am Beginn des Planungsprozesses seitens des damals verantwortlichen Vorhabenträgers Vattenfall Europe Transmission, aber auch die teilweise ungenügende Information und ein ungeschickter Umgang der betroffenen Ämter mit den Akteuren des Protestes. So beklagt die Bürgerinitiative „Biosphäre unter Strom“, dass die Interessen der BürgerInnen nicht berücksichtigt und die Informationen unzureichend zugänglich gemacht wurden.

Der erste sichtbare Schritt der Optimierung der Kommunikation erfolgte Anfang März 2012 auf einer Informationsveranstaltung in der Blumberger Mühle, Nähe Angermünde. Hier waren alle Konfliktparteien vertreten, die Bürgerinitiative „Biosphäre unter Strom“, das Wirtschaftsministerium Brandenburgs, das Landesamt für Bergbau und die 50 Hertz Transmission GmbH. Diese Veranstaltung war die erste ihrer Art und könnte ein „Modell für zukünftige Planungen“ sein, so der Wirtschaftsminister von Brandenburg Ralf Christoffers. Wobei auch er betonte, dass diese Art der Risikokommunikation bereits zwischen 2007 und 2009 hätte erfolgen müssen und nicht erst 2012.

## 7.4 Akteure im Konflikt

Im Konflikt stehen sich der Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz und die Bürgerinitiative „Biosphäre unter Strom“ gegenüber. Obwohl beide Akteure in ökonomischer Hinsicht nicht vergleichbar sind und ihr Verhältnis von großer Machtasymmetrie geprägt wird, ist es der Bürgerinitiative gelungen, wichtige gesellschaftliche Akteure auf ihre Seite zu bringen. So hat die Bürgerinitiative in der Biosphärenregion eine starke politische Position erlangt, die auch von 50 Hertz nicht unterschätzt wird. Wichtig sind insbesondere die fachliche Unterstützung, die die Bürgerinitiative durch die staatlich anerkannten Naturschutzverbände erfährt, sowie die politische und finanzielle Unterstützung durch mehrere Gemeinden in der Region. Durch gezielte Kontaktsuche zu Landespolitikern und intensive Pressearbeit konnte sie den regional begrenzten Konflikt zu einem landesweiten Thema machen.

Trotz dieser Erfolge bleiben die Möglichkeiten, am Trassenverlauf etwas zu ändern bzw. die Leitung auf einigen Abschnitten unter die Erde zu verlegen, begrenzt. Verantwortlich sind die engen Verhandlungsspielräume, die durch die formalen Planungsverfahren vorgegeben sind. Die Erfolge auf politischer Ebene sind weitaus größer. So ist es der Bürgerinitiative gelungen, auf die Notwendigkeit einer engen Einbeziehung von Bürgerinteressen in Planungsverfahren aufmerksam zu machen. Dies führte zu einem Umdenken in der Unternehmenskommunikation bei 50 Hertz und zwang das Wirtschaftsministerium in Brandenburg eine moderierende Funktion im Konflikt um die Uckermarkleitung einzunehmen.

## 7.5 Metaphorische Dimension des Konflikts

In Zusammenhang mit dem wahrgenommenen Ungleichgewicht zwischen Bürger- und ökologischen Interessen auf der einen sowie „Profitinteressen“ auf der anderen Seite werden wiederholt Redewendungen zur Betonung des Ungleichgewichts wie „David gegen Goliath“ oder der „lange Schatten Vattenfalls“ benutzt. Dabei wird der Bürgerinitiative die Rolle des Davids zugesprochen und 50 Hertz die des Goliaths. Dieses Bild taucht in den Medien ebenso auf wie in den Interviews mit den unterschiedlichen Konfliktakteuren und anerkennt die Leistung der Bürgerinitiative, mit wenigen Aktiven dem Goliath zumindest in der Biosphärenregion die Stirn geboten zu haben.

Ein weiteres Sprachbild, das häufig im Diskurs verwendet wird, bezieht sich auf den Gegensatz zwischen der „unberührten“ Naturlandschaft der Uckermark und einer „Großtechnik“, die in Form der Uckermarkleitung mit ihren „Stromriesen“ die Region prägen wird. Hinter diesem Bild findet sich die Angst vor einem Verlust der Heimat oder zumindest des Bildes das man sich von ihr gemacht hat. Die diskursive Anbindung der Uckermarkleitung an andere Technologien, die in der Region bereits Fuß gefasst haben, zeigt auch, dass die Angst der Bürger auch in die Zukunft gerichtet ist: die Angst vor schleichender und irreversibler industrieller Überformung einer für ihre Bewohner einzigartigen Naturlandschaft.

## 7.6 Schlussfolgerungen

Der Wahrnehmung von demokratischen Defiziten im Genehmigungsverfahren könnte durch eine frühzeitigere Information der BürgerInnen und bessere Beteiligungsmöglichkeiten im Genehmigungsverfahren entgegen gewirkt

*Aufbau einer starken politischen Position seitens der Bürgerinitiative*

*David gegen Goliath*

*Unberührte Landschaft versus Großtechnik*

*Stärkere Gewichtung von Bürgerinteressen in Genehmigungsverfahren*

werden. Es sind jedoch nur dann positive Auswirkungen auf die Akzeptanz zu erwarten, wenn dies auch zu einer stärkeren Gewichtung der Interessen betroffener BürgerInnen im Genehmigungsverfahren führt. Interessanterweise wird selbst von den in der Bürgerinitiative aktiven Personen kein Ausbau direktdemokratischer Elemente gefordert. Stattdessen wird ein stärkerer Einsatz der Politik und der Behörden im Interesse der Natur und der betroffenen BürgerInnen erwartet. Grundsätzlich ist der Ausbau von Mitentscheidungsrechten auch gegen gesamtgesellschaftliche Interessen abzuwägen, die nicht immer mit den Forderungen lokaler Bürgerinitiativen gleichzusetzen sind.

Gewisse Mindeststandards zur Sicherung von realen Beteiligungsmöglichkeiten, wie die frühzeitige Information und Einbeziehung der BürgerInnen sowie der Zugang zu neutralem Expertenwissen, eine ernsthafte Orientierung an einem umweltverträglichen Netzausbau seitens des Übertragungsnetzbetreibers sowie ein schlüssiges Gesamtkonzept auf Bundesebene, wie es nun durch die Bundesfachplanung erarbeitet wird, sind Grundvoraussetzungen für die Akzeptanz von neuen Stromleitungen auf der Höchstspannungsebene.

Neben Überlegungen zur Erweiterung von Beteiligungsmöglichkeiten in formalen Planungsverfahren, scheint es angeraten zu sein, Planungsverfahren durch informelle Kommunikations- und Beteiligungsmöglichkeiten zu ergänzen. Um Ängste, Kritikpunkte oder Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung zu erfassen, sollte eine einer Umweltverträglichkeitsprüfung vergleichbare soziale Standortcharakterisierung vorgenommen werden. Umfragen in der Bevölkerung, Interviews mit Multiplikatoren und Medienanalysen können hier adäquate methodische Zugänge sein. Jede soziale Standortcharakterisierung sollte standortspezifische Kommunikations- und Beteiligungsmaßnahmen nach sich ziehen, die alle Interessen einbeziehen, über den gesamten Prozess hinweg begleitend durchgeführt werden und die Erarbeitung nachhaltiger Lösungen zum Ziel haben. Hier könnten z.B. Mediationsverfahren, Verfahren der multikriteriellen Entscheidungsfindung oder Bürgerkonferenzen eingesetzt werden.

*Soziale  
Standortcharakterisierung  
gekoppelt mit passenden  
Beteiligungsangeboten*

## 8 Literaturverzeichnis

- 50Hertz (2010): Netzschemaplan. Stand Dezember 2010. Online verfügbar unter: [http://www.50hertz.com/de/file/50Hz\\_Netzkarte\\_d.pdf](http://www.50hertz.com/de/file/50Hz_Netzkarte_d.pdf) (zuletzt abgerufen am 04.01.2012)
- 50Hertz (2011): Informationsmappe Uckermarkleitung. Online verfügbar unter: [http://www.50hertz.com/cps/rde/xbcr/trm\\_de/100101\\_Infomappe\\_Uckermarkleitung\\_neu1\(1\).pdf](http://www.50hertz.com/cps/rde/xbcr/trm_de/100101_Infomappe_Uckermarkleitung_neu1(1).pdf) (zuletzt abgerufen am 04.01.2012).
- 50Hertz (2011): Investoren. Online verfügbar unter: <http://www.50hertz.com/de/1979.htm> (zuletzt abgerufen am 04.01.2012).
- Ansolabehere, S. / Konisky, D. M. (2009): Public attitudes toward construction of new power plants. In: Public Opinion Quarterly, Vol. 73, No. 3.
- Bäßler, R. (2011): Trügerische Ruhe in Stuttgart. In: Die Zeit. Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-02/stuttgart-21-schlosspark/seite-2> (zuletzt abgerufen am 06.03.2012).
- Belle Becké, A. (09.09.2011): „Wutbürger“?. In: Blog des Göttinger Institut für Demokratieforschung. Online verfügbar: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/%E2%80%9Ewutburger%E2%80%9C> (zuletzt abgerufen am 04.01.2012).
- Bellettini, G. / Kempf, H. (2008): Why not in you backyard? On the Location and Size of a Public Facility. In: CESifo Working Papers, No. 2248. S. 1.
- Benighaus, C. / Kastenholz, H. / Renn, O. (2010): Kooperatives Konfliktmanagement für Mobilfunksendeanlagen. In: Feindt, Peter H./ Saretzki, Thomas (Hrsg.) Umwelt- und Technikkonflikte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 275-296.
- Bürgerinitiative „Biosphäre unter Strom“ (2009): Keine 380-kV Freileitung durch Barnim und Uckermark: Argumente – Daten – Fakten zur Uckermarkleitung. Online verfügbar unter: [http://www.trassenfrei.de/epassion/tl\\_files/trassenfrei/Trassenfrei-Uckermark/content/Broschuere\\_2010.pdf](http://www.trassenfrei.de/epassion/tl_files/trassenfrei/Trassenfrei-Uckermark/content/Broschuere_2010.pdf) (zuletzt abgerufen am 04.01.2012).
- Bürgerinitiative „Biosphäre unter Strom (2011): Wer wir sind. Online verfügbar unter: <http://www.trassenfrei.de/epassion/index.php/Startseite.html> (zuletzt abgerufen am 04.01.2012).
- BMW, BMU (2010): Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung. Berlin: BMW, BMU.
- Böschen, S. (2010): Reflexive Wissenspolitik: die Bewältigung von (Nicht-)Wissenskonflikten als institutionenpolitische Herausforderung. In: Feindt, Peter H./ Saretzki, Thomas (Hrsg.) Umwelt- und Technikkonflikte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 103-122.
- Bund, K. (05.05.2011): Die Baustelle bleibt. In: Die Zeit, Ausgabe vom 05.05.2011, Nr. 19.

- Bundesnetzagentur (25.11.2011): Monitoringbericht 2011. Online verfügbar unter:  
[http://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/BNetzA/Presse/Berichte/2011/MonitoringBericht2011.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/BNetzA/Presse/Berichte/2011/MonitoringBericht2011.pdf?__blob=publicationFile) (zuletzt abgerufen am 04.01.2012).
- Bundesnetzagentur (19.12.2011): Energienetzausbau: Stromnetzentwicklung.  
[http://www.bundesnetzagentur.de/cln\\_1932/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetGas/EnergieNetzausbau/StromNetzEntwicklung/StromNetzEntwicklung\\_Basepage.html](http://www.bundesnetzagentur.de/cln_1932/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetGas/EnergieNetzausbau/StromNetzEntwicklung/StromNetzEntwicklung_Basepage.html) (zuletzt abgerufen am 04.01.2012).
- Burningham, K. / Barnett, J. / Trush, D. (2006): The limitations of the NIMBY concept for understanding public engagement with renewable energy technologies: a literature review. Published by the School of Environment and Development, University of Manchester. Online verfügbar unter:  
[http://www.sed.manchester.ac.uk/research/beyond\\_nimbyism/](http://www.sed.manchester.ac.uk/research/beyond_nimbyism/) (zuletzt abgerufen am 04.01.2012)
- Cass, N. / Heath, Y. / Walker, G. / Devine-Wright (2007): Beyond NIMBYism Project: Summary of findings from Work Package 2.1: Interview Survey. Published by the School of Environment and Development, University of Manchester. Online verfügbar unter:  
[http://www.sed.manchester.ac.uk/research/beyond\\_nimbyism/](http://www.sed.manchester.ac.uk/research/beyond_nimbyism/) (zuletzt abgerufen am 04.01.2012)
- dena (2005): dena-Netzstudie I. Energiewirtschaftliche Planung für die Netzintegration von Windenergie in Deutschland an Land und Offshore bis zum Jahr 2020. Konzept für eine stufenweise Entwicklung des Stromnetzes in Deutschland zur Anbindung und Integration von Windkraftanlagen Onshore und Offshore unter Berücksichtigung der Erzeugungs- und Kraftwerksentwicklungen sowie der erforderlichen Regelleistung. Endbericht. Köln: dena.
- dena (2005): dena-Netzstudie II. Integration erneuerbarer Energien in die deutsche Stromversorgung im Zeitraum 2015 – 2020 mit Ausblick auf 2025. Endbericht. Köln: dena.
- Dopfer, J. (2003): Öffentlichkeitsbeteiligung bei diskursiven Konfliktlösungsverfahren auf regionaler Ebene. Potenzielle Ansätze zur Nutzung von Risikokommunikation im Rahmen von e-Government. In: Sofia Diskussionsbeiträge zur Institutionenanalyse, Nr. 03-04.
- DUH (2010a): Plan N. Endfassung zur forumsinternen Abstimmung. Handlungsempfehlungen an die Politik zur künftigen Integration Erneuerbarer Energien in die Stromnetze. Radolfzell: DUH.
- DUH (2010b): Bei den Stromtrassen mehr Akzeptanz fördern. Pressemitteilung vom 23.11.2010. Online verfügbar unter:  
[http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=2452](http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&tx_ttnews[tt_news]=2452) (zuletzt abgerufen am 04.01.2012).
- Deutschlandradio (22.07.2011): Hochspannung in Niedersachsen: Wie re(a)giert die Politik in bürgerprotestreichen Zeiten? In Deutschlandradio Kultur: Länderreport. Online verfügbar unter:

<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/laenderreport/1508026/>  
(zuletzt abgerufen am 04.01.2012).

- Eisner, M. / Graf, N. / Moser, P. (2003): Risikodiskurse: Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Zürich: Seismo Verlag.
- Ewen, C./ Hertlein, M. (2000): Mediation als Instrument im Vorfeld raumordnerischer Entscheidungen das Beispiel des Flughafens Frankfurt/Main. In: UVP-Report 2/2000.
- Feindt, P. H. (2001): Regierung durch Diskussion?: Diskurs- und Verhandlungsverfahren im Kontext von Demokratietheorie und Steuerungsdiskussion. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien: Peter Lang.
- Feindt, P. H./ Saretzki, T. (2010): Umwelt- und Technikkonflikte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Freudenreich, J.-O. (30.09.2010): Bürgerkrieg im Schlossgarten. In: Spiegel Online. Online verfügbar unter:  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,720581,00.html>  
(zuletzt abgerufen am 04.01.2012)
- Funcke, A. / Havenith, A. (2010): Moderations-Tools. Bonn: 2010 manager Seminare Verlags GmbH.
- Hett, F.-T. (1994): Öffentlichkeitsbeteiligung bei Atom- und Immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren. In: Götz, Volkmar et al (Hrsg.) Studien zum internationalen Wirtschaftsrecht und Atomenergierecht, Band 87. Köln, Berlin, Bonn, München: Carl Heymann Verlag KG.
- HNE Eberswalde (2011): Schutzgebiete in Brandenburg und im INKA BB-Projektraum. Online verfügbar unter: <http://www.hnee.de/Forschung-aktuell/INKA-BB/Teilprojekte-an-der-HNE-Eberswalde/Anpassung-Naturschutz-TP-16/Anpassung-des-administrativen-Naturschutzes-anden-Klimawandel-Managementoptionen-und-Gestaltung-der-politischen-Instrumentarien-im-Land-Brandenburg-E4662.htm> (zuletzt abgerufen am 04.01.2012).
- Hunter, S. / Leyden, K. M. (2005): Beyond NIMBY. Policy Studies Journal, Vol. 23, No. 4. S. 601-619.
- Jarass, L. (2011): Brandenburgisches Erdkabelgesetz möglich und sinnvoll. Anhörung des Landtags Brandenburg, Ausschuss für Wirtschaft, 09.02.2011. Online verfügbar unter:  
[www.jarass.com/Energie/C/Potsdam,%20Anhörung,%2009.02.2011.pdf](http://www.jarass.com/Energie/C/Potsdam,%20Anhörung,%2009.02.2011.pdf)  
f (zuletzt abgerufen am 04.01.2012).
- Kaatsch, P. (2004): Hochspannungsleitung und Leukämie bei Kindern. Online verfügbar unter:  
[http://www.kinderkrebsstiftung.de/fileadmin/KKS/files/zeitschriftWIR/2004\\_4/hochspannungsleitungen.pdf](http://www.kinderkrebsstiftung.de/fileadmin/KKS/files/zeitschriftWIR/2004_4/hochspannungsleitungen.pdf) (zuletzt abgerufen am 10.04.2012).

- Keck, G. (2001): Öffentlichkeitsbeteiligung zur Lärminderung in Ravensburg: Ein zweistufiges Partizipationsmodell. Evaluationsbericht. Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg.
- Kitchin, R. M. (1994): Cognitive Maps: What Are They and Why Study Them? In: Journal of Environmental Psychology 14 (1): 1–19. Online verfügbar unter: [http://dx.doi.org/10.1016/S0272-4944\(05\)80194-X](http://dx.doi.org/10.1016/S0272-4944(05)80194-X) (zuletzt abgerufen am 09.03.2012).
- Knall, J. (2006). Akzeptanz durch Mitwirkung? das Beispiel Auenrevitalisierung : eine räumlich orientierte Wirkungsanalyse des partizipativen Ansatzes im transdisziplinären Naturschutzprojekt "Stellmatten". PhD Thesis, University of Basel, Faculty of Science.
- Kunz, C. (2011): Erneuerbare im Netz. In: Agentur für Erneuerbare Energien (Hrsg.): Renewes Spezial.
- Kurbjuweit, D. (11.10.2010): Der Wutbürger. In: Der Spiegel, Nr. 41/2010. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-74184564.html> (zuletzt abgerufen am 04.01.2012).
- Landtag Brandenburg (2010). Drucksache 5/1887. Gesetzesentwurf über Hoch- und Höchstspannungsleitungen in der Erde (Brandenburgisches Erdkabelgesetz – ErdKGBbg). Online verfügbar unter: [http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab\\_1800/1887.pdf](http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_1800/1887.pdf) (zuletzt abgerufen am 04.01.2012).
- Lennartz, H. A. / Mussel, Ch. (2002): Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Standortauswahl für die Endlagerung radioaktiver Abfälle. Abschlussbericht. WIBERA Dezember 2002.
- Lucke, D. (1995): Akzeptanz: Legitimität in der „Abstimmungsgesellschaft“. Opladen: Leske + Budrich.
- Marg, S. (08.09.2011): Alles nur Nimbys? In: Blog des Göttinger Institut für Demokratieforschung. Online verfügbar: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/alles-nur-nimbys> (zuletzt abgerufen am 04.01.2012).
- Linder, W. / Vatter, A. (1996): Kriterien zur Evaluation von Partizipationsverfahren. In: Selle, Klaus (Hrsg.) Planung und Kommunikation: Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft. Grundlagen, Methoden, Praxiserfahrungen. Wiesbaden, Berlin: Bauverlag GmbH. S. 79-89.
- Lober, D. J. / Green, D. P. (1994): NIMBY or NIABY: a Logit Model of Opposition to Solid-waste-disposal Facility Siting. In: Journal of Environmental Management, No. 40. S. 33-50.
- LUGV (26.11.2009): Europäische Vogelschutzgebiete (SPA). Online verfügbar unter: <http://www.mugv.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.367607.de> (zuletzt abgerufen am 04.01.2012)
- MOZ (26.10.2010): „Nicht über unsere Köpfe!“. Online verfügbar unter: <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/982095/> (zuletzt abgerufen am 04.01.2012)

- Nover, S. U. (2009): Protest und Engagement: Wohin steuert unsere Protestkultur? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Poschardt, U. (16.10.2011): Nur dagegen – Nieder mit der Trillerpfeifendemokratie. In: Welt Online. Online verfügbar unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article13662455/Nur-dagegen-Nieder-mit-der-Trillerpfeifendemokratie.html> (zuletzt abgerufen am 04.01.2012).
- Renn, O. / Webler, T. / Wiedemann, P. (1995): Fairness and Competence in Citizen Participation: Evaluating Models for Environmental Discourse. Dordrecht, Boston, London: Kluwer Academic Publishers.
- ROG (2009): Raumordnungsgesetz. Online verfügbar unter: <http://dejure.org/gesetze/ROG> (zuletzt abgerufen am 04.01.2012).
- Roose, J. (2010): Der endlose Streit um die Atomenergie. Konfliktsoziologische Untersuchung einer dauerhaften Auseinandersetzung. In: Feindt, Peter H./ Saretzki, Thomas (Hrsg.) Umwelt- und Technikkonflikte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 79-103.
- Sander, A. (2011): From 'Decide, Announce, Defend' to 'Announce, Discuss, Decide'? Suggestions on how to Improve Acceptance and Legitimacy for Germany's 380kV Grid Extension. The International Institute for Industrial Environmental Economics (IIIEE). Lund University. Online verfügbar unter: <http://www.lunduniversity.lu.se/o.o.i.s?id=24923&postid=2172946> (zuletzt abgerufen am 04.01.2012).
- Saretzki, T. (2010): Umwelt- und Technikkonflikte: Theorien, Fragestellungen, Forschungsperspektiven. In: Feindt, Peter H./ Saretzki, Thomas (Hrsg.) Umwelt- und Technikkonflikte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 33-53.
- SRU (1996): Umweltgutachten 1996. Zur Umsetzung einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung. Stuttgart.
- SRU (2011): Wege zur 100% regenerativen Stromversorgung. Sondergutachten. Berlin.
- Schweizer-Ries, P. (2010): Abschlussbericht „Umweltpsychologische Untersuchung der Akzeptanz von Maßnahmen zur Netzintegration Erneuerbarer Energien in der Region Wahle – Meckar (Niedersachsen und Hessen)“. Online verfügbar unter: [www.forum-netzintegration.de/](http://www.forum-netzintegration.de/) (zuletzt abgerufen am 04.01.2012)
- Statistisches Bundesamt Deutschland (30.11.2011): Arbeitslosenquote Deutschland. Online verfügbar: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/D E/Content/Statistiken/Zeitreihen/WirtschaftAktuell/Arbeitsmarkt/Content75/arb210a,templateId=renderPrint.psm1> (zuletzt abgerufen am 04.01.2012)
- Stiftung Marktwirtschaft (2011): Netzausbau: Chance und Herausforderung einer modernen Energiepolitik. Tagungsbericht.

- Thüsing, M. (15.4.2011): Auerhuhn stoppt Erdverkabelung von 380-kV-Trasse. Online verfügbar: <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Auerhuhn-stoppt-Erdverkabelung-von-380-kV-Trasse-1470603153> www.forum-netzintegration.de/ (zuletzt abgerufen am 05.04.2012)
- UfU (2010): Aarhus Konvention - Ablauf des Planfeststellungsverfahrens. Online verfügbar unter: <http://www.aarhus-konvention.de/einmischen/oeffentlichkeitsbeteiligung/planfeststellungsverfahren/ablauf-planfeststellungsverfahren.html> (zuletzt abgerufen am 04.01.2012).
- Walter, F. (08.09.2011): Studie über « Wutbürger » : Alt, stur, egoistisch. In: Spiegel Online. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,784664,00.html> (zuletzt abgerufen am 04.01.2012)
- Vittes, M. E./ Pollock, P. H./ Lilie, S. A. (1993): Factors contributing to NIMBY attitudes. In: Waste Management, Vol. 13. S. 125 – 129.
- Wolsink, M. (1994): Entanglement of Interests and Motives: Assumptions behind the NIMBY-theory on Facility Siting. In: Urban Studies, Vol. 31, No. 6. S. 851-866.
- Zimmer, R.; Wesselhöfft, W. (2011): Erneuerbare Energien im Konflikt. Warum neue Energieversorgungsstrukturen vor Ort nicht nur auf Zustimmung stoßen. In: UfU themen und informationen Heft 70, 2/2011 „Erneuerbare Energien im Konflikt“, S. 4-11.